

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14,00 Zł., monatlich 4,80 Zł. In den Ausgabestellen monatlich 4,50 Zł. Bei Postbezug vierteljährlich 16,08 Zł., monatlich 5,36 Zł. Unter Streifenband in Polen monatlich 8 Zł., Danzig 8 Zł., Deutschland 2,50 R.-Mk. — Einzelnummer 25 Gr., Sonntags 30 Gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung usw.) hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Gerne Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einbaltige Millimeterzeile 15 Groschen, die einbaltige zweibaltige 100 Groschen. Danzig 10 bzw. 70 Zł. B. Deutschland 10 bzw. 70 Goldpf., übriges Ausland 100%, Aufschlag. — Bei Abrechnung und schwierigerem Satz 50%, Aufschlag. — Abstellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühren 100 Groschen. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Polische Adressen: Polen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 35.

Bromberg, Dienstag den 12. Februar 1929.

53. Jahrg.

Der Litwinow-Pakt unterzeichnet.

Moskau, 11. Februar. Am Sonnabend 5.20 nachmittags ist der Litwinow-Pakt durch die Vertreter Polens, Rumäniens, Estlands, Lettlands und der Sowjet-Union unterzeichnet worden.

Vor der Unterzeichnung ergriff das Wort der Vertreter des Außenkommissars Litwinow. Ein wichtiges Moment in seiner Ansprache war die Erklärung, daß die Teilnahme Rumäniens an der Unterzeichnung des Protokolls trotz des bestehenden sowjetisch-rumänischen Konflikts, den das Protokoll übrigens nicht vollständig aus der Welt schaffe, ein Beweis der friedlichen Tendenzen der Sowjet-Union sei. Litwinow wandte schließlich ein, daß in der Vollmacht des Gesandten Davila von anderen Signatarmächten des Protokolls außer Polens und der Sowjet-Union keine Rede sei. Auf seine Frage, ob diese Vollmacht im erweiterten Sinne behandelt werden solle, so daß also auch die anderen Staaten bei der Unterzeichnung einbezogen werden könnten, antworteten die Gesandten Davila und auch Patek bejahend. Beide Gesandten, der rumänische und der polnische, bedienten sich der französischen, Litwinow der russischen Sprache.

Die Unterschriften wurden durch die Vertreter der Staaten in folgender Reihenfolge bewirkt: Dols (Lettland), Seliamaa (Estland), Patek (Polen), Davila (Rumänien). Der Akt der Unterzeichnung dauerte dreißig Minuten.

Nach der Unterzeichnung hielt der polnische Gesandte in Moskau

Minister Patek

folgende Ansprache:

„Heute haben wir ein Protokoll unterzeichnet, das einen Schritt vorwärts auf dem Wege der gegenwärtigen Annäherung der Völker bedeutet, die wir vertreten. Dies ist gleichzeitig ein neuer Schritt vorwärts auf dem Wege der Sicherung des Weltfriedens, von dem der Kellogg-Pakt spricht. In dieser Beziehung trägt das von uns unterzeichnete Protokoll einen provisorischen Charakter und wird die Anwendung des Paktes in der Praxis beschleunigen. Doch auch dann, wenn der Kellogg-Pakt entsprechend seinem Artikel 3 in Kraft tritt, wird dieses Protokoll für immer eine schöne Erinnerung und der Beweis unserer besten friedlichen Tendenzen sowie unserer Energie bei der Verwirklichung der Weltfriedensidee sein. Es wird auch niemals seine Bedeutung für die Entwicklung der besten Beziehungen in ganz Osteuropa verlieren. Meine Hochachtung den Schöpfern des Kellogg-Paktes, den Initiatoren unseres heutigen Protokolls sowie den Mitunterzeichnern und allen denen, die sich diesem Pakt anschließen wollen. Für diejenigen, die dem Protokoll beizutreten wünschen, steht die Tür weit offen.“

Wie der Moskauer Funkspruch meldet, hat der stellvertretende Volkskommissar Litwinow, der Vater des von ihm mit Eifer und Begabung betriebenen Friedenspaktess vor der Unterzeichnung erklärt, daß allein die Lösung des Abrüstungsproblems den Frieden sichern könne und daß der am 9. Februar unterzeichnete Pakt diese Lösung nicht bringe. Immerhin sei auch jede andere Vereinbarung zu begrüßen, die den Friedenswillen der Staaten und ihrer Völker unterbreite. Mit diesen Worten dürfte die Bedeutung des Litwinow-Paktess am besten bezeichnet sein. Es ist nicht wahr, daß Verträge immer nur ein feines Papier sind; sie sind zum Teil Stricke, über die der beste diplomatische Turner stolpern kann. Wenn es schon viel Geschick erfordert, einen Friedenspakt zu knüpfen — Herr Patek hat Herrn Litwinows Fähigkeiten in dieser Richtung anerkannt — so dürfte es noch viel schwieriger sein, diesen Vertrag bei geeigneter Gelegenheit einfach zu ignorieren, denn der Bruch des Friedens ist selbst dort, wo ein starker Kriegswille vorhanden ist, eine so bedenkliche Angelegenheit, daß die Entscheidung durch jeden Schaden gemindert werden kann, der die Völker hinter der Wagenburg zurückhält.

Der politische Erfolg, den Rußland bei der Unterzeichnung des Litwinow-Paktess davonträgt, ist außerordentlich groß. Dem Spiel der sowjetischen Kräfte in der Randstaatenbarriere von Karwa bis Odesa hat sich die Sowjetpropaganda erfolgreich entgegen gestellt. Die Sowjetpropaganda kann gleichzeitig einen Beweis für den in Genf so stark angezeigten Friedenswillen des Kreml vorweisen. Dies alles ohne den Völkerbund und, wie es gewiß sowjetrussischer Wille ist — gegen ihn.

Litwinow hat in seiner Ansprache der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß möglichst noch andere Staaten — gemeint ist wohl Finnland und der nahe Orient — dem Pakt beitreten möchten. Der polnische Gesandte Patek hat, wesentlich optimistischer als sein Herr und Meister Patek, die Annäherung der Staaten unterstrichen. Das klingt noch nicht sehr laut, aber immerhin vernehmbar nach einem Kampfsruf hier Genf — hier Moskau! Hier der von den abendländischen Großmächten beherrschte Völkerbund — dort die mit dem Kreml paktierenden Randstaaten.

Auch Polen, das bei den Verhandlungen nicht immer eine glückliche Hand hatte, konnte in der letzten Stunde vor der Unterzeichnung noch einen außerordentlich wichtigen Erfolg für sich verbuchen. Es brachte in seinem Gefolge nicht nur das durch die Bekarablenfrage von Rußland entfremdete Rumänien mit, nicht nur Estland,

das mit Warschau nahe Beziehungen unterhält, sondern auch Lettland, das sich lange sträubte, durch die gemeinsame Unterzeichnung des Paktess eine Annäherung an das mächtigere Polen zu dokumentieren.

Die Westmächte, die den Dingen ihren freien Lauf ließen, trotzdem die Warschauer Verzögerungstaktik ihnen die Möglichkeit gab, den Gang der Ereignisse mitzubestimmen, sehen sich einer neuen politischen Situation im Ostraum zwischen Dniepr und Warthe gegenüber. Der amerikanische Großfinanz aber wurde am 9. Februar ein Beruhigungspulver verschrieben, das keinen Schlafzustand hervorrufen soll, sondern eine klare Dispositionierung bei der Anlage von Geldern in der dollarhungrigen russischen Welt.

Dieser Umstand dürfte vornehmlich in Berlin interessieren; aber er ist nicht minder bedeutungsvoll für die polnische Volkswirtschaft. Die Exportrichtung der alten und jungen polnischen Industrie weist nicht nach dem industrialisierten Abendland, sondern nach dem agrarischen Osten hin. Selbst wenn es der Sowjetregierung möglich sein sollte, wie wir gleichfalls drachlos erfahren, 3½ Milliarden Mark für Industrie-Bauten zu investieren, dürfte es doch noch für die polnische Industrie genug zu verdienen geben, wenn erst der russische Absatzmarkt kapitalkräftiger geworden ist. Und an diesem Verdienst hat die gesamte polnische Staatsbevölkerung ein lebenswichtiges Interesse.

Kein Kohlenstreik in Oberschlesien.

Kattowitz, 10. Februar. (P.M.) Heute vormittag fand ein Kongreß der Belegschaftsräte der Arbeitsgemeinschaften statt. Es waren insgesamt 448 Delegierte der Bergarbeiterverbände anwesend. Über den Konflikt im Bergbau referierte der Delegierte Grajek, der eine Resolution vorlegte, in der der Termin des Streikausbruchs bis zur Beendigung der Arbeiten der speziellen Kommission verlegt wird, die von morgen ab die Untersuchung über die Wirtschaftslage im Bergbau führen wird. Die Resolution enthält die Bestimmung, daß, sofern nach Bekanntgabe des Berichtes dieser Kommission die Gegensätzlichkeiten nicht aufhören und auf dem Wege von annehmbaren Bedingungen erledigt wurden, der Kongreß die Arbeitsgemeinschaft zur Festsetzung eines neuen Termines für den Streikausbruch ermächtigt. Nach der Diskussion, in der 18 Delegierte für Aufschub des Streikes sprachen, und ein radikaler Deutscher (? d. Red.) für den Streik, wurde die Resolution einstimmig angenommen, durch die der Streikausbruch aufgeschoben wird. Auf diese Weise sind die Gegensätze aus der gefährlichen Phase heraus auf den Weg der Verhandlung zwischen der Arbeitsgemeinschaft und den Arbeitgebern geleitet.

Arbeitgeber-Konferenz.

Am Sonnabend fand bei dem ober-schlesischen Wojewoden Grazynski eine Konferenz statt, an der die behördlichen Vertreter und Vertreter der Arbeitgeber teilnahmen. Auf der Konferenz wurde die Möglichkeit der Herstellung eines unmittelbaren Kontaktes zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern bei Erlöschen des Lohnvertrages besprochen. Im Zusammenhang damit wurde beschlossen, daß die erste Verständigungskonferenz am Montag, 11. d. M., unter Leitung des Wojewoden stattfinden soll. An der Konferenz werden auch die Mitglieder der Ministerialkommission teilnehmen, die am 9. d. M. in Kattowitz zur Unterstützung der allgemeinen Produktionsbedingungen eingetroffen ist. Am Dienstag, 12. d. M., beginnen unter dem Vorsitz des Arbeitsinspektors Gallot die direkten Verhandlungen zur Verständigung über die von den Arbeiterorganisationen erhobenen Forderungen.

Politik und Streik.

In außerordentlich gehäffiger Weise werden die Vorgänge in Oberschlesien besonders von der Regierungspresse dazu ausgenutzt, wieder einmal auf die Deutschen alle Schuld an dem Arbeitskonflikt zu schieben. Tatsächlich ist die Sache genau umgekehrt richtig. Die Regierung hat durch Gründung einer neuen, ihr nach dem Muster der Einzelverbände treu ergebenden Arbeiter-Föderation einen Keil in die polnischen Gewerkschaften zu treiben versucht, und darauf ist in erster Linie der Streikbeschluss zurückzuführen. Auch die gehäffige Äußerung der amtlichen polnischen Telegraphenagentur, daß auf dem gestrigen Kongreß der Gewerkschaftsräte lediglich ein radikaler Deutscher sich für den Streik ausgesprochen habe, ist auf die Absicht der Regierung, einen Prügelknaben zu finden, zurückzuführen. Das Organ der deutschen Sozialisten in Oberschlesien, „Volkswille“ äußert sich zu dem Thema Politik und Streik wie folgt:

„In der Presse kommt auf einmal immer wieder zum Ausdruck, „Oberschlesien gleicht einem Vulkan“ und es werden Dinge verbreitet, die gewiß für die Auslösung des Generalstreiks nicht gerade förderlich sind. Wir sehen diesen Vulkan nicht, und es wäre auch gewerkschaftlichkeitsmäßig notwendig, eine kategorische Erklärung abzugeben, daß man mit dem Streikbeschluss keinerlei

politische Intentionen verbinden will und mag. Daß der Regierungsapparat in Oberschlesien jeder Beschreibung spottet, braucht nicht betont zu werden. Es ist dies aber weder mit dem Generalstreik in Verbindung zu bringen, noch wird er durch ihn gehoben und beseitigt, solange das System selbst bleibt. Allerdings wollen wir nicht verhehlen, daß es eben dieses System Grazynski ist, welches die Gegensätze in Oberschlesien verschärft hat, weniger im deutschen als im polnischen Lager. Aber wir müssen es auf das Entschiedenste ablehnen, irgendwie den Wojewoden Grazynski mit dem Lohnkampf der Bergarbeiter in Verbindung zu bringen.“

Kampf gegen die Kohlenpekulation.

Warschau, 11. Februar. Unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Prof. Bartel fand am Sonnabend unter Teilnahme des Innen- und des Verkehrsministers sowie des ersten Vizeministers im Kriegsministerium General Konarzowski eine Konferenz statt, in der man sich mit der Lage beschäftigte, die sich in den letzten Tagen auf dem polnischen Kohlenmarkt herausgebildet hat. Im Ergebnis dieser Konferenz erließ der Ministerpräsident an sämtliche Wojewoden eine Anordnung, in der diese angewiesen werden:

1. Unverzüglich im Einvernehmen mit dem Präsidenten der staatlichen Eisenbahndirektionen festzustellen, welche Kohlenvorräte diese Direktionen haben; Vorräte, die einen überwiesenen Bedarf überschreiten (in der Krafauer und Lemberger Direktion den dreiwöchentlichen Bedarf) können im Bedarfsfalle zur Versorgung der Märkte mit Kohle verwendet werden.

2. Im Einvernehmen mit den Korpsbezirkskommanden festzustellen, welche Kohlenvorräte den Militärbehörden zur Verfügung stehen. Vorräte, die einen zehntägigen Bedarf überschreiten, sind zu verwenden wie zu Punkt 1.

3. Die auf diese Weise gewonnene Kohle ist in den Grenzen des tatsächlichen Bedarfs in folgender Reihenfolge zu verbrauchen: a) zur Deckung des Bedarfs der Spitäler, der Elektrizitätswerke, der Gas- und Wasserwerke und der Kanalisation, b) zum direkten Bedarf der Konsumenten für Heiz- und Küchenszwecke, c) zur Deckung des Bedarfs der Industrie, d) zur Deckung des weiteren Bedarfs der Militärbehörden.

Es sind kategorische Anordnungen zu erlassen, die den Verkauf der Kohle zu angemessenen Preisen und entsprechend der Intention dieses Schreibens sicherstellen. Den Kohlenverkauf werden die Wojewoden streng überwachen und dabei das Interesse der Konsumenten besonders der kleineren im Auge behalten.

Um der Kohlenpekulation entgegenzutreten, und die Versorgung der Bevölkerung mit Kohle sicherzustellen, hat ferner der Verkehrsminister die Anordnung getroffen, daß die Eisenbahnbehörden in erster Linie die Versorgung des Inlandmarktes mit Kohle im Auge behalten sollen. Die Transporte der Exportkohle sollen erst in zweiter Linie in Betracht kommen.

Zehn Jahre Parlamentarismus in Polen.

Dazynski gegen den Anschlag auf die Verfassung.

Warschau, 11. Februar. Zu Beginn der Sonnabend-Sitzung des Sejm ergriff Sejmarschall Dazynski das Wort, um in einer längeren Rede des zehnjährigen Bestehens der parlamentarischen Volksvertretung in Polen zu gedenken.

Einstehend wies er darauf hin, daß Polen seine Wiedergeburt dem großen Revolutionsorkan verdanke. Der gesunde Instinkt des Volkes habe vorausgesehen, daß die Grundpfeiler, auf die Polen sich stützen könne, weder der Cäsarismus, noch die Monarchie und auch nicht die Diktatur, sondern die republikanisch-demokratische Republik sein kann. Man dürfe daher nicht zur Regierungsform einer Einzelperson zurückkehren, wobei es gleich sei, ob sich diese Person Präsident oder König nennt. Das Gleichgewicht zwischen Regierung und Parlament sei die Vorbedingung für eine gesunde Entwicklung des Staates, er warne daher vor einer Beseitigung dieses Gleichgewichts. Das Jahrzehnt sei leider nicht ohne bittere Erfahrungen vorübergegangen. Es gebe zu viel Parteien in diesem Sejm, und darauf müsse besondere Beachtung gelenkt werden.

Einen besonderen Abschnitt in seiner Rede widmete Herr Dazynski dem ersten Staatspräsidenten der Republik Polen, Marutowicz, der durch Mordhand gefallen ist. Die Abgeordneten erhoben sich von den Sigen und hörten diesen Teil der Rede stehend an. Der Marschall rief nicht nach Ruhe, die er Gott überläßt. Doch hält er es für seine Pflicht, diesem Opfer politischer Leidenschaft ein dauerndes Denkmal zu setzen.

Der Marschall schloß seine Rede mit dem Hinweis auf die dem Sejm bevorstehenden Arbeiten an der Revision der Verfassung und verließ dem Wunsch Ausdruck, daß diese Arbeit im Kampf um Argumente, nicht aber in Beleibigungen und Beschimpfungen bestehen möge.

Ministerpräsident Dr. Bartel, der während der Rede im Sejm anwesend war, überbrachte dem Sejmarschall Glückwünsche. Zum Zeichen des Gedenktages wurde die Sitzung für 15 Minuten unterbrochen.

Die Sachverständigen-Konferenz.

Der erste Bericht.

Paris, 9. Februar. WTB. Die Bank von Frankreich gibt folgenden Bericht aus: Der Sachverständigenausschuss hat heute vormittag in der Bank von Frankreich unter dem Vorsitz des Gouverneurs dieses Instituts, Moreau, seine erste offizielle Sitzung abgehalten. Im Verlaufe dieser Zusammenkunft sind lediglich Maßnahmen praktischer Art bezüglich der Organisation der späteren Sitzungen besprochen worden. Sie werden endgültig im Verlaufe der ersten offiziellen Sitzung angenommen werden, die Montag, nachmittag 2 Uhr, im Hotel d'Alsace stattfindet.

Im Verlaufe der heute vormittag in der Bank von Frankreich abgehaltenen inoffiziellen Unterhaltung haben die fünf Delegierten, die dem Dameskomitee angehören, sowie Reichsbankpräsident Dr. Schacht ein Begrüßungstelegramm an General Dames gerichtet.

Im Verlaufe der Unterredung ist zum Ausdruck gekommen, daß es nicht in der Absicht der Sachverständigen liegt, regelmäßige Mitteilungen an die Presse auszugeben. Es sollen nur von Zeit zu Zeit solche erfolgen. In der Besprechung soll der Eindruck vorherrschen, daß die Verhandlungen nur auf rein konkrete Probleme und auf Vermeidung weitgehender theoretischer Erörterungen sich beschränken sollen.

Michel soll alles bezahlen!

London, 11. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Die „Times“ berichten über die Beratungen der Sachverständigen-Konferenz und die Festsetzung der deutschen Verpflichtungen: Deutschland werde angefordert werden, eine Summe zu zahlen, die der Gesamthöhe der alliierten Kriegsschulden an die Vereinigten Staaten entspreche, d. h. ein Kapital von 44 Milliarden Mark ohne Zinsen. Daneben werde eine Entschädigung für die verwüsteten Gebiete Frankreichs verlangt werden. Es zeige sich, daß das amerikanische Schatzamt vorläufig noch nicht bereit sei, aktiv an der Lösung des Schuldproblems mitzuwirken. Der „Daily Express“ schreibt: Da mit der endgültigen Festsetzung der Tribute die Aussichten auf eine baldige Räumung des Rheinlandes verbunden seien, siehe zu hoffen, daß Europa nicht mehr die Erleichterung vorenthalten bleibe, die eine Lösung der Rheinlandsfrage nach sich bringen würde. — „Daily Mail“ legt ausschließlich auf die britische Forderung Nachdruck und verlangt, daß jeder Versuch, den britischen Anteil zu kürzen, mit Entschiedenheit zurückgewiesen werden müßte, da die Befreiung in Großbritannien fast dreimal so hoch als in Deutschland sei. (Aber was geht das Deutschland an, wenn England sich überheuert? Kein Deutscher hat England überfallen, und niemand hat es gezwungen, am Weltkrieg teilzunehmen. D. R.)

Vatikan und Völkerbund.

Keine Anmeldung des Papstes in Genf.

Auf Grund einer Information von maßgebender katholischer Stelle, die über die Absichten des Vatikans unmittelbar auf das genaueste unterrichtet ist, glaubt der Genfer Berichterstatter des „Berl. Tagebl.“ mit voller Bestimmtheit feststellen zu können, daß alle Mitteilungen über die angebliche Absicht der päpstlichen Regierung, dem Völkerbund beizutreten, völlig unzutreffend sind. Auch nach der Neuordnung ihres Verhältnisses zum italienischen Staat hat die päpstliche Regierung nicht die Absicht, dem Völkerbund beizutreten.

Diese Haltung der Kurie überrascht in Genf nicht. Man war dort stets der Meinung, es sei nach dem Wesen und der Stellung des Papsttums einerseits und der Verfassung, den Aufgaben und der Tätigkeit des Völkerbundes andererseits ausgeschlossen, daß der Heilige Stuhl über seine bisherige Methode, an gewissen humanitären Aufgaben des Völkerbundes und an sozialen Problemen des Arbeitsamtes von außen her mitzuwirken, hinausgehen werde. Man braucht sich nur vor Augen zu halten, daß Rat und Versammlung sich beständig in Debatten und Abstimmungen, im Plenum und Kommissionen über die unrichtigen politischen Fragen auseinanderzusetzen haben, um zu verstehen, daß für die Vertreter des Papstes immer wieder Situationen entstehen würden, die der grundsätzlichen Einstellung der päpstlichen Politik stracks zuwiderlaufen würden. Dazu kommen die ganz umschriebenen Pflichtenverpflichtungen, auf die sich ebenfalls aus dem Wesen seiner Politik heraus der Vatikan nicht einlassen könnte. Es erscheint deshalb überflüssig, auch noch darauf zu verweisen, daß Staaten, die den Beitritt des Heiligen Stuhls nicht wünschen, geltend machen könnten, daß nach den Ausnahmebestimmungen Staaten geringen Umfangs, wie z. B. Monaco und Liechtenstein, zurückgewiesen worden sind. Schließlich könnte man sich auch den Heiligen Stuhl nicht in der Situation vorstellen, daß er das Ergebnis eines Streites um einen ständigen Ratssitz, den der Vatikan doch beanspruchen würde, abzumauern hat.

Feierliche Rundgebung in Genf.

Wien, 11. Februar. WTB. Wie der Genfer Korrespondent der „Neuen Freien Presse“ aus gut unterrichteter Quelle erfährt, wird die italienische Regierung, deren Delegierter Scialoja in der nächsten Session des Völkerbundes den Vorsitz führen wird, dem Völkerbund offiziell die Versöhnung der italienischen Regierung mit dem Vatikan bekannt geben. Dies wird eine feierliche Manifestation des Völkerbundes sein, der an den Papst und den Quirinal Wunschtelegramme abschicken wird. Es unterliegt keinem Zweifel, daß sowohl die italienische Regierung als auch der Apostolische Stuhl die Registrierung des abgeschlossenen Abkommens im Generalsekretariat des Völkerbundes in Genf fordern werden, daß man aber nicht damit rechnen kann, daß der Apostolische Stuhl dem Völkerbund beitrifft. Es scheint, daß die italienische Regierung in Zukunft im Völkerbund auch als Sprecher des Vatikans auftreten wird.

Der spanische Maulkorb.

Kritik verboten! — Schwarze Listen.

Madrid, 9. Februar. (WTB.) Das Amtsblatt veröffentlicht als Ergänzung zu dem Erlaß vom 3. Februar eine königliche Verfügung, in der folgendes bestimmt wird:

1. Alle Personen, die in der Öffentlichkeit Unheil für das Land voraussagen und die Minister und hohen Behörden kritisieren, um deren Autorität und Ansehen zu erschüttern, sind zu verhaften. In Madrid sind sie der Leitung der Sicherheitspolizei und in den Provinzen den Gouverneuren zu übergeben.

2. Gesellschaften, die gegen die Bestimmung verstoßen, wonach sie sich politischer Erörterungen zu ent-

halten haben, werden, wenn ihre Mitglieder die im ersten Artikel angegebenen Verstöße begehen, geschloffen.

3. Die Ministerialabteilungen werden Verzeichnisse mit den Namen der Beamten sowohl der Zentralverwaltung, als auch der Provinzverwaltung und der örtlichen Verwaltungen anlegen, die Angaben über Tätigkeiten, Arbeitseifer und politische Disziplin enthalten, und besonders diejenigen anführen, die sich als Gegner des Regimes erweisen und dessen Ansehen und Autorität anzutreffen suchen.

4. Die den Verwaltungs- oder Regierungskonten unterstehenden Organisationen werden, wenn sie das Regime bekämpfen, aufgelöst.

5. Alle Bureaus des Somaten und der Union Patriótica werden Listen derjenigen Personen anlegen, die zur Verleumdung und zur Demoralisierung der öffentlichen Meinung neigen. Diese Listen werden zur Verfügung der Behörden gestellt werden, wenn die Umstände es erfordern.

6. Die im ersten Artikel benannten Personen werden mit Gefängnis von ein bis vierzehn Tagen und Geldstrafen von 25 bis 2500 Peseten bestraft, unabhängig von den Strafen, auf die die Gerichte gegebenenfalls gegen sie erkennen. Die Strafen für die in den Artikeln 2 bis 4 erwähnten Personen werden vom Ministerrat festgesetzt, dessen Entscheidung unwiderruflich ist.

1000 Pfund für einen Toten.

Madrid, 10. Februar. Anlässlich der im Auslande verbreiteten Gerüchte über die Ereignisse in Spanien hat Primo de Rivera nachstehende offizielle Erklärung abgegeben:

„In Anbetracht der Hartnäckigkeit, mit der die Pressekorrespondenten behaupten, daß sich in Spanien in den letzten Tagen Zusammenstöße ereignet hätten, die Menschenopfer forderten, hat die Regierung beschlossen, jedem, der nachweisen kann, daß er Augenzeuge eines derartigen Zusammenstoßes gewesen ist, oder der den Namen wenn auch bloß einer getöteten oder verwundeten Person angeben kann, eine Prämie von 1000 Pfund Sterling zu zahlen. Die öffentliche Meinung Spaniens hat stets auf der Seite der Regierung, und das Volk hat sich vollständig ruhig verhalten. Die kürzlich erfolgte Entlassung vom Militär ist eine normale alljährliche Erscheinung. Die Gesamtzahl der verhafteten Personen erreicht noch nicht einmal 50. Vollkommen unrichtig sind die Gerüchte über irgendwelche Unstimmigkeiten zwischen König und Regierung.“

Die Endzahlen des Staatshaushalts.

Warschau, 11. Februar. In acht Tage währenden Beratungen, die zehn Stunden täglich und noch länger dauerten, hat der Sejm am Freitag die Einzeldebatten über den Staatshaushalt beendet. Die Aussprache an diesem Tage ging ziemlich glatt vonstatten und brachte nur bei dem Budget des Finanzministers insofern eine Überraschung, als Minister Czerwinski in einer längeren Rede den der Regierung gemachten Vorwurf, daß das Ziel ihrer Politik der Staatsbankrott sei, zurückwies. Er trat den Regierungsmitgliedern sowie den Beamten seines Ressorts entgegen, die, wie er sagte, „infolge ungenügender Erfahrung“ die etatistische Politik verteidigten und betonte mit Nachdruck, daß die Regierung

die wirtschaftliche Hebung des Landes in der privaten Initiative

erblide. Die Regierung sei sich dessen bewußt, daß eine staatliche Verwaltung niemals imstande sein werde, auf weitere Sicht mit dem privaten Unternehmertum zu konkurrieren. Sie werde sich daher nach und nach aus den Unternehmungen zurückziehen und diese dem Privatkapital überlassen.

Die Tagesordnung der Sonnabend-Sitzung sah die Abstimmung über 439 Änderungsanträge zum Staatshaushalt in der zweiten Lesung vor. Die Abstimmung dauerte bis 8 Uhr abends. An dem Vorschlag, wie er von der Sejmkommission dem Plenum vorgelegt wurde, ist dabei sehr wenig geändert worden. Erwähnenswert wäre nur, daß die Kredite zum Bau von neuen Volksschulen von 10 auf 20 Millionen Zloty erhöht und die Verfügungsgelder für den Innenminister in Höhe von 6 Millionen Zloty entgegen dem Antrag der Regierung, die die Wiederherstellung dieser Position forderte, abermals gestrichen wurden. Alle Änderungsanträge der Sozialisten und der Vertreter der Wagnienpartei auf Herabsetzung des Heeresbestandes wurden abgelehnt. Angenommen wurde aber der Antrag der Piastpartei auf Erhöhung der Löhne für die Soldaten um insgesamt 7 Millionen 300 000 Zloty.

Die Endzahlen des Staatshaushalts stellen sich nun wie folgt dar: Ausgaben: 2 789 482 954 Zloty, Einnahmen: 2 962 163 424 Zloty, so daß ein Überschuß von 172 680 470 Zl. verbleibt, von dem jedoch etwa 148 Millionen Zloty für den 15prozentigen Zuschlag zu den Beamtengehältern, für Invaliden- und andere Pensionen in Abzug gebracht werden müssen.

Die dritte Lesung des Staatshaushalts hat am heutigen Montag begonnen.

Unter dem Pressedekret.

Die Reden der Sejmabgeordneten dürfen nicht beschlagnahmt werden!

Warschau, 9. Februar. Die Nummer 44 der in Katowice erscheinenden „Polonia“ enthält einen Bericht aus einer öffentlichen Sitzung des Schlesischen Sejm, in dem auch eine Rede des Abg. Korfanty mit Angriffen auf die Schlesischen Behörden, im besonderen auf den Wojewoden Grynowski abgedruckt war. Die Rede enthält die Begründung eines Dringlichkeitsantrages, der vom Schlesischen Sejm beschlossen wurde. Diese Nummer der „Polonia“ wurde beschlagnahmt und das Bezirksgericht bestätigte die Beschlagnahme. Hierauf legte der Procurator ein objektives Verfahren über die Beschlagnahme dieser Zeitungsnr. ein. Das Bezirksgericht erkannte auf Beschlagnahme durch Urteil vom 5. April 1928 von dem Standpunkt ausgehend, daß Art. 19 der Schlesischen Verfassung nur die Verfolgung des Autors der Sejmberichte, sowie des Redakteurs, der den Bericht in seiner Zeitung veröffentlicht hat, nicht gestatte, dagegen die Beschlagnahme des Berichts nicht verbiete, wenn diese Reden einen ungesetzlchen Inhalt erkennen ließen.

Dieses Urteil wurde auf die Revisionsklage der „Polonia“ hin durch das Oberste Gericht aufgehoben, das auch die Beschlagnahme aufhob, wobei es in dieser grundsätzlichen Frage folgenden Standpunkt einnahm: Die Veröffentlichung von wahrheitsgetreuen Berichten aus öffentlichen Sejm-Sitzungen stößt auf eine gesetzliche Ermächtigung, und zwar auf die Bestimmungen des Art. 31 der Märzverfassung sowie des Art. 19 der Schlesischen Verfassung. Sie stellt somit kein Vergehen, sondern eine Tat dar, die dem Gesetz entspricht. Da die notwendige Bedingung sowohl eines gewöhnlichen Strafverfahrens als auch eines objektiven Verfahrens, das die Beschlagnahme zum Zwecke hat, die vorherige Begehung eines Verbrechens ist, dies aber im Falle der Veröffentlichung eines wahrheitsgetreuen Sejmberichts nicht vorliegt, so ist die Beschlagnahme eines solchen Berichts unzulässig. Die Immunität der Abgeordneten-

berichte umfaßt daher nicht allein das bekannte Verbot, den Autor oder Redakteur zu verfolgen, sondern auch ihre Beschlagnahme.

Aus anderen Ländern.

Der Mörder Obregons hingerichtet.

In Mexiko wurde am Sonnabend, 9. d. M., José Leon Toral, der Mörder Obregons, standrechtlich erschossen. Ein großes militärisches Aufgebot hielt die Menschenmassen zurück, die auf den Hinrichtungsplatz gekommen waren. Kurz vor seiner Hinrichtung erklärte noch der Verurteilte: „Ich bin zu sterben bereit. Ich sterbe für meine Religion, ich verlasse diese Welt in Gottvertrauen.“ Sehr gefast verabschiedete sich Toral von seiner Frau und seinem vor wenigen Wochen geborenen Kinde.

Mein Freund Przhyszewski.

Von Eduard Munch.

In dem letzten Heft der Revue „Pologne Littéraire“ (Verlag Gessner u. Wolff, Warschau) finden wir die nachfolgende Äußerung des großen norwegischen Malers über den polnischen Dichter.

Wie lebend steht er mir noch vor den Augen, mein alter Freund von Jugend an! Gestalten, Situationen, an welchen er teilnahm, stehen plötzlich vor mir, wie die wechselnden Bilder auf einem Film. Und doch sind so viele Jahre verlaufen seit damals — ein ganzes Menschenalter liegt zwischen dem Winter in den neunziger Jahren in Berlin, da ich zum erstenmal auf ihn traf, und dem heutigen Tage, wo er in der Erde dahim in seinem Lande ruht.

Dicht beisammen saßen sie dort in der kleinen Weinstube unter den Linden, die Strindberg entdeckt hatte und die bald ein Versammlungsort für eine Menge jüngerer Künstler wurde, wovon mehrere im Verlaufe der Jahre sich einen schönen Ruhm als Dichter oder Maler erobert haben. Hier saßen Strindberg und Dehmel, Hartleben und Rejzow, Holger, Drachmann, Gunnar, Heiberg, Christian Krogh und so viele andere, in welchen es gerade in diesen Jahren garte und wuchs. Und mitten unter ihnen Przhyszewski mit großen brennenden Augen in dem blauen Gesicht, jung, begeistert, bis zum Halse voll Lebensmut und Vertrauen in die Zukunft. Nervös und empfindlich, zuweilen hoch drohend, wo die ewigen Sterne gerade auf ihn herunter schienen, zuweilen ganz unten bis zum Rande der Verzweiflung, mit geschlossenen Mauern rund umher, wohin er sich wandte. Ich sehe ihn noch vor mir, wie er dort in der Sofaecke in der kleinen Weinstube in Berlin saß, zusammengesunken und mit fieberhaften Augen, und er sprach heiser, leise, als ob er einen Monolog an sich selbst richtete. So konnte er aber auf einmal in Ekstase aufspringen und zum Klavier hinlaufen und in solcher Eile, als ob er inneren Stimmen folgte, die ihn riefen. Und während der Totenstille, die nach dem ersten Akkord folgte, ertönte die unsterbliche Musik Chopins durch den engen Raum und verwandelte ihn plötzlich zu einem strahlenden Festsaal, zu einer Festhalle der Kunst. Und so tief war seine eigene Benommenheit und mit solcher Meisterschaft gab er die wunderbaren Märcen seines großen Landmannes wieder, daß er uns im atemlosen Pausen, fasziniert, Zeit und Stelle vergessend hielt, bis der letzte Ton hinstarb.

Es war nur in den Jugendtagen, daß ich Gelegenheit hatte, mit ihm zusammen zu sein. Nach dem unglücklichen Vorfall mit seiner ersten Frau — die wie bekannt eine geborene Norwegerin war —, riß er alle Bande, die ihn mit Norwegen festelten. Er wollte vergessen, ja vergessen; aber ob er mit der Zeit die Vergessenheit fand und das Altschmerz los wurde, das ihn Tag und Nacht in seiner Gewalt hielt, das weiß ich nicht. Ich habe ihn nie später gesehen. Die Briefe, die ich an ihn schrieb, beantwortete er nie, und als ich ihm einmal eine Reihe meiner Notierungen sandte, quittierte er nicht einmal den Empfang. All dies verließ ich aber und ich habe da auch nie sein Schweigen überkommen. Nichts kann in der Tat die Erinnerung unserer Freundschaft, seiner Treue, seiner Herzlichkeit und freundschaftlichen Gesinnung überdauern.

Ich möchte so gern einen Gedankenartikel über meinen lieben alten Freund, Ihren großen Dichter geschrieben haben, aber es sollte am liebsten getan werden, während er noch lebte, und dann als Gruß und Dank für einen alten Freund — für seine Freundschaft in den jüngeren Tagen. Und es sollte sich auch als ein Dank für das, was er für mich damals tat, gestalten; er war es nämlich, der zusammen mit Meier-Graefe und Ederbart die erste ausführliche Broschüre über meine Kunst herausgab und der die Seele und die leitende Kraft des ganzen Unternehmens war, wie er es auch war, der die Seele der breit angelegten, aber leider gar zu früh hinstarrenden Zeitschrift „Pan“ war.

Jahre sind verlaufen, viele Jahre, jeder von uns folgte seiner Bahn, und schließlich waren es nur die Erinnerungen, die mich an meinen lieben alten Jugendfreund banden. Und diese Zeiten, die ich hier schreibe, sind ja auch nicht eine Auseinandersetzung seiner Bedeutung als Dichter, dazu fehlt es mir an Voraussetzungen, und sind auch nicht ein Versuch einer Charakteristik des Menschen Przhyszewski — dazu kannte ich ihn zu wenig in der späteren Zeit; es sind nur einzelne Bemerkungen, einige Schimmer der Erinnerung, die durch meinen Sinn kamen, als „Pologne Littéraire“ mit seinem Briefe wieder die Erinnerung an meinen lieben, alten Freund bei mir entflammte.

Kleine Rundschau.

* Die Gesellschaft der silbernen Vöfel. In Amerika herrscht der Aberglaube, daß man einem Kind die ersten Bissen mit einem silbernen Vöfel reichen soll, weil dies bedeutet, daß das Kind einmal reich wird. Nun gründete man neuerzeit in Brooklyn einen Verein, zu dessen Sitzungen es gehörte, daß jedes Mitglied wenn ihm ein Kind geboren würde, einen silbernen Vöfel erhalten solle. Gleichzeitig bestand aber die Vorschrift, daß in den Verein nur Mitglieder aufgenommen werden dürften, die volle fünfzig Jahre in Brooklyn gelebt hätten. Unter diesen befand sich aber, als der Verein gegründet wurde, kein einziges Mitglied, dem noch ein Baby geboren wurde. Man mußte also auf die weitere Nachkommenschaft warten, und so dauerte es denn ganze neunzehn Jahre, ehe der erste Vöfel zur Verteilung gelangen konnte.

Bei Kopfschmerzen, Schwindel, Ohrensausen, gestörtem Schlaf, schlechter Laune, gereizter Stimmung greife man sogleich zu dem altbewährten „Franz-Josef“-Bitterwasser. Berichte von Oberärzten in Heilanstalten für Magen- und Darmkrankheiten betonen, daß das Franz-Josef-Wasser ein ganz vorzüglich wirkendes natürliches Abführmittel ist. In Apotheken und Drogerien erhältlich. 4891

Bromberg, Dienstag den 12. Februar 1929.

Pommerellen.

11. Februar.

Graudenz (Grudziadz).

× **Auslegung der Liste der Einkommensteuerzahler.** Der Magistrat gibt bekannt, daß die auf Grund des Artikels 66 des Gesetzes über die staatliche Einkommensteuer hergestellte Liste der Einkommensteuer für das Jahr 1929 auf die Dauer von 4 Wochen im Rathaus II, Zimmer 31, für die Interessenten zur Einsicht ausliegt.

× **Städtische Holzversteigerung.** Am Dienstag, dem 19. Februar d. J., vormittags 9.30 Uhr, findet in der städtischen Försterei Rudnik eine Versteigerung von Brenn-, Nutz- und Stangenholz gegen sofortige Barzahlung statt.

× **Folgende gefundene Gegenstände** sind im Monat Januar d. J. auf dem städtischen Amt für öffentliche Ordnung und Sicherheit (Rathaus I) abgeliefert worden: Ein Portemonnaie mit etwa 1 Zloty Geldeinhalt, ein Bund Schlüssel, Maniküre-utensilien, 2 Schlüssel, ein Portemonnaie mit 1,55 Zloty und eine Damenhandtasche. Die Eigentümer dieser Sachen können sie vom genannten Amt abholen.

Thorn (Toruń).

× **Der Haupt-Pferde-, Vieh- und Schweinemarkt** am vergangenen Donnerstag war mit 157 Pferden, 15 Stück Rindvieh, 10 Ferkeln und 24 Ferkeln besetzt, während Ferkel und Ziegen gänzlich fehlten. Man notierte folgende Preise: ältere Pferde 100–200, Arbeitspferde 300 bis 400, Wagenpferde 600–700, ältere Kühe 200–300, Milch-Kühe 350–500, Ferkel pro 50 Kilogramm Lebendgewicht 85–90, Ferkel pro 50 Kilogramm 40–50, über 35 Kilogramm 50–60 Zloty.

—dt. **Die Erdarbeiten bei den Brückenpfeilern** zur neuen Weichselbrücke sind beendet. Man hat trotz der kälteigen Kälte unter der Erde gearbeitet. Viele Arbeiter sind nun entlassen worden. Die weiteren Arbeiten werden vor dem Frühjahr nicht aufgenommen.

—dt. **Infolge des starken Frosts** ist die Weichsel soweit gefroren, daß Personen schon über das Eis nach Podgorz gehen. Es sind aber noch viele Löcher im Eis und ist der Übergang polizeilich noch nicht freigegeben.

× **Ein Garderobendiebstahl** im Werte von 450 Zloty wurde zum Schaden der Schillerstraße 2 wohnhaften Natalie Satocha ausgeführt. Die Polizei hat eine Untersuchung eingeleitet.

× **Taschendiebe „arbeiteten“** dieser Tage wieder einmal erfolgreich in Thorn. Dem Oberleutnant Josef Michalski, Arbeiterstraße 12 wohnhaft, wurde das Portemonnaie mit 40 Zloty Bargeld, eine Taschenuhr und ein Bos der Staatlichen Lotterie entwendet. Lucian Tromota aus dem benachbarten Podgorz wurde hier eine Taschenuhr im Werte von 30 Zloty gestohlen.

× **Der Polizeibericht** vom 9. Februar meldet die am Freitag erfolgte Festnahme von je einer Person wegen Betrugs, Diebstahls, Trunkenheit und Ausschreitungen. Wegen Verstöße gegen die Polizei- bzw. Sittenpolizei-Vorschriften wurden sechs bzw. fünf Protokolle aufgenommen.

m. **Dürkan (Drezew), 10. Februar.** Tödlicher Unglücksfall. In einer Werkstätte in der Forsterstraße ereignete sich am Sonnabend kurz nach 6 Uhr abends ein schrecklicher Unglücksfall. Der 19-jährige Schlosser Franz Warczynski aus der Schönerstraße war mit der Auslieferung und Reinigung des Wasserbassins vom Karbidbrenner beschäftigt. Nachdem der zugegen gewesene Meister sich entfernt hatte und der Karbidbrenner wieder zusammengefasst war, explodierte dieser mit großem Getöse. Der Kessel wurde hochgehoben und zertrümmerte die Befestigungsbänder. Warczynski erlitt durch den auf ihn fallenden Kessel schwere Verletzungen am Oberkörper, welche den sofortigen Tod zur Folge hatten. Der sofort herbeigerufene Arzt Dr. Kusin konnte nur noch den Tod feststellen. Die sofort eingeleitete Untersuchung konnte die Ursache der Explosion noch nicht einwandfrei feststellen.

h. **Gollub (Golub), 8. Februar.** An Kohlen gasvergiftung starb hier in der vorigen Woche der Fleischerehrliche Alfons Balcerowicz. B. und seine zwei Kollegen hatten den Ofen mit Kohlen eingeheizt und gingen dann schlafen. Am andern Morgen fand man alle drei bewusstlos auf. Zwei von ihnen konnten durch die angeordneten Wiederbelebungsversuche gerettet werden. Bei B. war alle Hilfe vergeblich.

* **Konitz (Chojnice), 9. Februar.** Vor der hiesigen Presse-Strafkammer wurde am Donnerstag gegen den verantwortlichen Schriftleiter des „Konitzer Tagebl.“, Ciel Wersche, wegen eines Artikels beklagt. Der gefragte Freitag – Polen und der 11. November – verhandelt. Der fragliche Artikel war vom Pressenfor beanstandet und gleich beschlagnahmt worden mit der Begründung: „er enthalte wissenschaftlich falsche oder verdrehte Tatsachen und sei geeignet, öffentliche Unruhe hervorzurufen und das Zusammenleben der Bürger polnischer und deutscher Nationalität zu trüben“. Einem Antrage der Verteidigung auf Vernehmung von Zeugen darüber, daß der infragierende Artikel sofort nach Konfiskation entfernt wurde und die vorhandenen beschlagnahmten Exemplare ebenfalls sofort der Polizei übergeben wurden, wurde nicht stattgegeben. Wegen eines Teiles der Anklage wurde der Angeklagte freigesprochen, dagegen wegen oben genannten Anklagepunktes auf Grund des Pressegesetzes zu 200 Zloty Geldstrafe verurteilt. Als Vergehen in dem Artikel wurde die Angabe angeführt, daß durch Entsendung des Grafen Harry Kessler Deutschland 1915 als erster Staat das neue Polen anerkannt habe, wogegen das Gericht behauptet, Polen sei bereits 1915 von Frankreich anerkannt worden. Gegen das Urteil ist Berufung eingelegt worden.

* **Bessen (Lasin), 9. Februar.** Eine seltene Auszeichnung ist einem Mitgliede unserer Kirchengemeinde zuteil geworden. Für mehr als 16-jährige treue Dienste wurde Fräulein Ida Stielau in Bogdanen die goldene Treuebroche der Frauenhilfe namens des Landesverbandes verliehen. Bereits unter dem Vater des jetzigen Besitzers, Herrn Rittergutsbesitzer Pandien, trat Fräulein Stielau ihre Stellung an, die sie bis jetzt in stiller Treue ausgefüllt hat. In einer häuslichen Feier wurde ihr die Treuebroche nebst Diplom von Ortspfarrer überreicht mit dem Wunsche, daß Fräulein Stielau durch weiteres treues Verbleiben in ihrer Stellung sich zu ihrem 25-jährigen Dienstjubiläum die höchste Auszeichnung der Frauenhilfe verdienen und verdienen möchte.

× **Zuben (Zubianka), 9. Februar.** Der hiesige Gesangsverein veranstaltete am Sonnabend vor acht Tagen sein Winterkonzert, das sehr gut besucht war. Nach einem Prologe wechselten tönend und wirksam vortragene Chorgesänge mit den beiden Einaktern „Das erste Mittagessen“ und „Absolute Sonntagsruhe“ ab und erzielten großen Beifall. Ein Zänzen hielt sodann Gäste und Vereinsmitglieder bis zum allzu früh heranrückenden Morgen bei bester Stimmung und dem Wunsche, solche Abende öfter zu veranstalten, zusammen.

* **Mewe (Gniew), 9. Februar.** Am Donnerstag, dem 7. d. M., feierte die hiesige „Liedertafel“ in den Domstaschen Festräumen ihr 80. Stiftungsfest und Winterfest, das sich eines sehr guten Besuchs erfreute und einen befriedigenden Verlauf nahm. Die Festordnung war die übliche: Konzert, Theater, Tanz. Als Chormusik gelangte diesmal „Die vergaßene Prinzessin“, eine Märchenoper für Soli und gemischten Chor mit Klavierbegleitung und Deklamationen von Hermann Müller zur Aufführung, deren Solopartien wieder in den bewährten Händen unserer Marienwerderer Freunde lagen. Frau Verzen erfreute sich durch den Vortrag von vier köstlichen Meisterliedern, Herr Bast durch die Wiedergabe des wundervollen Liederzyklus „Erländ“ von Alexander v. Dillig, zu dem Pfarrer Klapp als Vorsitzender und Chorleiter der „Liedertafel“ die mit einem herzlichen Gruß und Dankeswort verbundene historische und dichterische Einführung gab. Auf der Liebhaber Bühne endlich gelangte ein besonders humorvoller Einakter: „Das Salzbad“ von Marie Kersten zu wohlgehaltener Aufführung. Ein flatter Tanz hielt dann alt und jung in ungetrübter Harmonie noch lange beisammen.

Landgemeindewahlen.

Bis zum 15. Februar ordnet die Wahlkommission, welche aus dem Schulzen oder seinem Stellvertreter als Vorsitzenden und zwei vom Schulzen aus der Mitte der Wähler zu berufenden Vertrauensmännern besteht, nötigenfalls Berichtigungen der eingebrachten Vorschlagslisten an. Die Vertrauensleute der deutschen Listen werden daher auf daran tun, wenn sie sich bis zum 15. 2. mit dem Gemeindevorsteher in Verbindung setzen, um notwendige Berichtigungen anbringen zu lassen, damit die Listen nicht etwa für ungültig erklärt werden.

× **Neuenburg (Nowe), 10. Februar.** Die andauernde ununterbrochene Kälte hat auch in Neuenburg Schäden verschiedener Art hervorgerufen. Außer notwendig gewordenen strengen Wasserabsperrung des Hauptzuführungsrohres und infolge tagelangen Wassermangels in vielen Haushaltungen traten fünf Rohrbrüche am Markt und in der Bahnhofstraße ein. In drei neben einanderliegenden Häusern am Markt hatten Wasserrohrbrüche zu weitgehenden Folgen, daß die Kellerräume mit Hilfe von Feuerhydranten vom eindringenden Wasser befreit werden mußten. Die dadurch verursachten Reparaturen konnten nur unter Aufzügen des davor befindlichen Erdreichs vorgenommen werden, wie solches auch teilweise beim Austausch der vielen Hydranten in der Stadt unter Zuhilfenahme von Kesseln geschehen mußte.

× **Krakau (Krakow), 9. Februar.** Marktbericht. Trotz des kälteigen Frosts war der Markt ausserordentlich lebhaft besucht. Kartoffeln fehlten selbstverständlich ganz. Dagegen konnte der Bedarf an Butter, die mit 2,50–3,00 gekauft wurde, gedeckt werden. Eier waren zu 4–4,50 zu haben. Hühner bezahlte man mit 3–6,00 Zloty das Stück, Gänse mit 1,70, Puten mit 1,60 das Pfund. Gemüse- und Fleischpreise waren unverändert. An Fischen gab es nur frische Heringe zu 0,50 und Pommes zu 0,40–0,50 das Pfund. Auf dem Schweinemarkt wurden nur einige Ferkel mit 22–25 Zloty das Stück angeboten und in kurzer Zeit verkauft.

× **Aus dem Kreise Schwes (Swiecie), 9. Februar.** Ein Einbruchdiebstahl wurde in Nowe Gliniki bei dem Ladeninhaber Szarkowski verübt und dabei das Fleisch eines kurz vorher geschlachteten Schweines entwendet. Es ist dies der zweite Diebstahl, der bei Sz. innerhalb kurzer Zeit verübt wurde. Die Einbrecher konnten, wie beim ersten Diebstahl, auch jetzt unentdeckt entkommen.

* **Schirok, 9. Februar.** Am 7. Februar veranstaltete die ev. Frauenhilfe im Domastischen Saal einen Familienabend zum Besten der Diakonissenstation. Die Kasse hielt leider viele von der Veranstaltung fern, trotzdem war der Besuch ein guter. Die Mitglieder der Frauenhilfe bewirteten ihre Gäste auf das Freundschaftlichste mit Kaffee und Kuchen. Darauf folgte als erste Aufführung „Freud und Leid aus dem Kinderland“, umrahmt von Volksliedern, die der Jungmädcherverein vortrug. Reicher Beifall wurde den kleinen und großen Vortragenden spendet. Vor der zweiten Aufführung fand eine Verlosung statt. Die 150 Gaben, die zur Verlosung kamen, waren ein bereicherter Ausdruck der Opferfreudigkeit der Schiroker Gemeinde. Die zweite Aufführung „Heim und Heimat“ muß als Höhepunkt des Abends bezeichnet werden. Vorträge des Vorkommens machten den Schluß, der für alle zu früh kam.

h. **Strasburg (Brodnic), 8. Februar.** Im Monat Januar wurden im hiesigen Schlachthaus 71 Rinder, 161 Kühe und 536 Schweine geschlachtet. Ferner kamen 3 Rinder und 8 Schweine, die außerhalb des Ortes geschlachtet wurden, zur Befestigung. Die Zahl der geschlachteten Tiere hat sich im Vergleich zum Januar v. J. auf derselben Höhe gehalten. — Die evangelische Kirchengemeinde Griebenhof (Grzybnio) hiesigen Kreises verkauft am Mittwoch, 13. d. M., im dortigen Pfarrgebäude einen Posten Nutz- und Brennholz. Das Nutzholz (Kiefer, Birke und Kiefer) eignet sich für Stellmacher. — Ein Geflügel-diebstahl wurde in Karben (Karbowo) beim Lehrer Kerkel verübt. Die Diebe erbeuteten 10 Hühner und 4 Enten.

x. **Kemvelburg (Kępno), 10. Februar.** Am Sonnabend, 16. d. M., findet im Hotel Polonia seitens der Oberförsterei Lutau eine Holzversteigerung statt, in welcher Nutz- und Brennholz aus den Schukbezirken Menhof, Lutau und Zalesniak gegen sofortige Bezahlung zum Verkauf kommt.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

e. **Ciechocinek, 10. Februar.** In Kuczek, wo sich die Pumpstation der hiesigen Wasserleitung befindet, plaste infolge der strengen Kälte ein Hauptrohr. Ehe man am andern Morgen den Schaden bemerkte, waren 1000 Kubikmeter Wasser abgelassen. — Um mit der Kanalisation des Ortes bis zu Beginn der Badefaison fertig zu werden, sind

die Arbeiten mit der Legung der Entwässerungsrohre im Gange. Anscheinend wollen die Arbeiter lieber in der Kälte als im Grundwasser arbeiten. — Der Deichverband hat vom Staate 30 000 Zloty zur Verstärkung des Schukdammes erhalten. Der Damm soll zwei Meter höher und einen Meter breiter gemacht werden.

h. **Kielce, 9. Februar.** Trauriges Schicksal. In der öffentlichen Volksschule zu Busk, einem Dorfe des Kreises Kielce, begab sich der siebenjährige Schüler Badora während der Pause in den Abtritt. Dieser befand sich aber in solchem schlechtem Zustande, daß der Knabe durch eine Öffnung in die Kloake fiel. Auf seine Hilferufe eilte man herbei und zog den Verunreinigten aus der Grube. Dem Durchnässen wurde jedoch keine weitere Hilfe erteilt. Erbarmungslos wurde er von einer Lehrerin im größten Froste aus der Klasse nach Hause geschickt, das von der Schule einige Kilometer entfernt lag. Nur wenige Schritte konnte der Unglückliche laufen, denn die nasse Kleidung froz bald fest und hinderte ihn daran, daß er bewußtlos zusammenbrach. Kurze Zeit darauf wurde er von seinen Kameraden aufgefunden, die Wiederbelebungsversuche blieben jedoch erfolglos.

Freie Stadt Danzig.

* **Ein schwerer Zusammenstoß** ereignete sich am Sonnabend gegen 6½ Uhr in Langfuhr, in der Nähe des Heiligenbrunnens Weges zwischen einem Kraftwagen und einem Motorrad. Der Anprall muß sehr heftig gewesen sein, denn beide Fahrzeuge sind schwer beschädigt und mußten abgeschleppt werden. Leider sind auch Passanten zu Schaden gekommen. Der Schüler Rolf Bühring wurde leicht, der Arbeiter Max Möller schwer verletzt. Er mußte ins Krankenhaus geschafft werden. Die Schuldfrage ist noch nicht einwandfrei geklärt.

* **Feuer** brach am Sonnabend nachmittags gegen ¼ 5 Uhr auf dem Gut Kronenhof bei Bohnsdorf in einem Geräteschuppen aus. Ein Milchauto, das in dem Schuppen untergebracht war, ein Motorrad und andere Geräte sind ein Raub der Flammen geworden. Die Danziger Feuerwehr, die sofort alarmiert wurde, brachte nicht mehr einzugreifen, da das Feuer den Schuppen bereits vernichtet hatte. Wohnhaus und Scheune standen ebenfalls in Gefahr. Glücklicherweise herrschte Windstille. Der Schaden beläuft sich auf einige zehntausend Gulden. Die Ursache des Brandes ist unbekannt, jedoch scheint so viel festzustellen, daß das Milchauto zuerst brannte.

Kampf mit Zigeunern und Bären.

Kassel, 10. Februar. Durch ganz Kurhessen zog in diesen Tagen mit einer Gruppe von 25 Bären eine etwa hundertköpfige Zigeunerbande, die auf den Dörfern die Tiere zur Schau tanzen ließ. Als sie von Kassel kamen, wurden sie von der strengen Kälte überfallen, die ihnen ein Übernachten in Scheunen, wie sie es bisher gewöhnt hatten, unmöglich machte. Da die Bauern sie gewaltsam nicht aufnehmen wollten, mußten die Zigeuner zu Gewaltmaßnahmen greifen.

So errichteten sie Dienstag abends vor einer Waldwirtschaft am Eingange des Dorfes Gambach. Auch hier wurde ihnen der Zutritt in die Räume verweigert. Die Wut der Leute stieg durch die abschlägige Antwort des Wirtes aufs Äußerste. Auf Befehl ihres Hauptlings zogen die Männer Dolche und Revolver und begannen, das Wirtshaus, in dem sich der Wirt und seine Familie verbarricadert hatten, zu stürmen. Trotzdem die Bewohner mit dem Mute der Verzweiflung aus den Türen des ersten Stockes auf die Antürmenden schossen, gelang es der Horde, in das Haus einzudringen. Die Insassen wurden gefangen genommen, gefesselt und in einen Keller gesteckt. Die „Sieger“ stürzten sich auf die in den Gasküchen befindlichen alkoholischen Getränke. Nachdem sie ihre „Erbeutung“ genügend begossen hatten, schlugen sie das Mobiliar des Hauses kurz und klein.

Die Männer des Dorfes, verstärkt durch Gendarmerie, versuchten, der Wirtsfamilie zu Hilfe zu kommen. Als die Zigeuner das merkten, brachten sie die völlig ausgehungerten, tobenden Bären vor das Haus und fetterten die Bestien hier an, so daß den Dorfbewohnern ein Näherkommen unmöglich gemacht worden war. Erst als aus Marburg das überfallkommando der Schupo eintraf, konnten nach hartem Kampfe die Bären unschädlich gemacht werden. Als die Schupo in das Haus eindrang, fand sie die Zigeuner in lähmendem Alkohollrausch in wildem Durcheinander vor. Sie konnten ohne Widerstand gefesselt und abtransportiert werden. Die Bären wurden dem Zoologischen Garten übergeben.

Thorn.

Möbel!

100 Zimmer-Einrichtungen

fertig zur Auswahl am Lager in allen Preislagen empfohlen

Gebrüder Tews

Möbel-Fabrik Toruń

Telefon 84

Sung. Mädchen

wird für leichte Kontorarbeiten gesucht. Steuergographie u. Schreibmaschine Bedienung. Offert. unt. N. 7422 an Ann.-Exp. Wallis, Toruń.

1 Gelddrucker

3 Schreibstühle

zu verkaufen. Off. u. N. 7414 an Ann.-Exp. Wallis, Toruń.

Graudenz.

Ein Zimmer

mit Küchenbenutzung im Zentrum der Stadt a. l. März geucht. Off. u. N. 2169 an d. Geistl. Ariele, Grudziadz.

Frühbeetfenster

Gewächshäuser, sowie Gartenglas, Glaserit u. Glaserdiamanten liefert. H. Heber, Grudziadz, Fensterfabrik. Preisliste gratis.

Hünefelds letzter Gang.

Über die Beisetzungsfeierlichkeiten für den verstorbenen Ozeanflieger Freiherrn Ehrenfried Günther von Hünefeld, die am Sonnabend, dem 9. d. M., nachmittags um 2 Uhr im Berliner Dom ihren Anfang nahmen, um dann in der Trauerfeier am offenen Grabe auf dem Steglitzer Friedhof auszuklingen, entnehmen wir dem Berliner Totalanzeiger folgenden Bericht:

Die Feier im Dom.

Der große Dom war frühzeitig mit Menschen gefüllt, die lautlos und andächtig den von Blumen, Kränzen und Schärpen ganz überdeckten Sarg zu sehen gekommen waren. Zwei brennende Wachskerzen verbreiteten ihr zitterndes, gelbes Licht; links standen, bewegungslos wie farbige Steinbilder, drei junge Flugschüler, rechts drei Stahlhelmlaute. Blumenkranz war in der Kirche.

Um 1 Uhr flammten die elektrischen Kandelaber auf. Der Katafalk stand nun in strahlender Lichtflut, und man erkannte das Können mit den Orden, das am Sarge lehnte; man sah die wahrhaft königliche Last der Kränze, die sich noch immer vermehrte. Eine unübersehbare Trauergemeinde versammelte sich. Mancher gute Kopf Deutschlands; manches bekannte Gesicht aus alten und neuen Tagen.

Die weiße Domkuppel wölbte sich über dem stillen Bilde der Menge, als am Ehrenplatz des Toten Bewegung entstand. Jetzt erhoben sich Schaulustige. Sollte die Auflösung kommen?

Plötzlich geht ein Laut der Bewegung und der Überreichung vom Publikum hin zum Altar. Der irische Oberst Fitzmaurice, in Fliegeruniform, ist an den Sarg getreten. Hinter ihm kommt Köhl.

Die beiden Kameraden verweilen einen Augenblick und stellen sich dann links und rechts an die Spitze der Totenwache. Nun sind sie wieder zu dritt. Zu dritt sind diese Männer in der größten, härtesten Zeit ihres Lebens gewesen.

Bilder, so oft gesehen, tauchen jedem auf. Diese drei: der unerlöschliche Köhl, der heitere „Fitz“ und der andere, der immer Beifall, Glühende, den sie jetzt in die Erde legen. Das Herz, das sie alle erwärmte. Fahr wohl, Hünefeld!

Rifflitz und Loofe, die Junkers-Piloten stellten sich hinter Köhl. Die Mutter und der Bruder des Verstorbenen wurden zu ihren Plätzen geleitet. Die Orgel begann ihre große, donnernde Stimme zu erheben, während die arme Hülle, die noch eben ein jeder schwachen Kaiser großartig befehlender Mensch war, unter Blumen im Sarge lag. Das Kerzenlicht zitterte auf den Schleifen der Totenkränze. Der Domchor sang.

Domprediger D. Doebling hielt die Gedächtnisrede. Glaube und Treue, Eigenschaften, die nicht recht mehr von dieser Zeit sind, haben allem Leben des toten Dritten dort unten die ständige Stärke gegeben, und so wurde der Predigt das Marterwort: „Nichts ist möglich dem, der da glaubt“ als Textgrundlage gelegt. Der Geistliche verlas ein in der Nacht vor dem Tode verfasstes Gedicht Hünefelds, einen Scheidegott an Deutschland; ein Haus der entflohenen Seele wurde fühlbar, die Reinheit einer großen Genügnung bekundete sich. D. Doebling las zum Schluss einige Verse, die der Kronprinz der Mutter des Freundes gewidmet hat.

Während die Orgel dann ganz leise, als sollte ein Schlummernder nicht geweckt werden, das Lied vom toten Kameraden spielte, senkten sich die Panzer und Fahnen.

„In Gottes Namen!“ rief der Domkantor. Der Sarg mit den herrlichen Reiten des Freiherrn Günther v. Hünefeld wurde auf die Schüttern erprobter Gefährten gelegt.

Der Trauerzug.

Stahlhelmer trugen den mit der alten Kriegsfahne und mit Blumen geschmückten Sarg zum Wagen. Unmittelbar hinter dem Sarge schritten mit den Angehörigen nebeneinander die Ozeanflieger Köhl und Fitzmaurice. Während in den Rufen ein Junkers-Kindelcher vom Bremen-Typ der Luft-Hansa und ein Geschwader von Doppeldeckern der Verkehrsfliegerschule, alle mit langen schwarzen Wimpeln, ihre Kreise zogen, formierte sich der Trauerzug, an dem u. a. auch Abordnungen des Bundes heimattreuer Däpreußen teilnahmen. Der Zug wurde auf seinem Wege durch die Linden-, Charlottenburger Chaussee, Hofsäulengasse, Kottbuscher, Luther- und Hauptstraße von dichtem Menschenmengen erwartet. Die beiden Schöneberger Kirchengemeinden von Paul Gerhardt in der Hauptstraße und Nathanael in der Rubensstraße ließen, als der Zug an den Gotteshäusern vorbeikam, Trauergeläute läuten. In Steglitz sah man in der Umgebung des Friedhofs viele Häuser mit umflorten schwarz-weiß-roten Fahnen. Der Gemeindefriedhof in der Bergstraße war schon lange vor 3 Uhr von einer nach Tausenden zählenden Menschenmenge umlagert.

„Du wirst der Unsere bleiben!“

Stahlhimpalter vom Friedhofsportal, die Allee hinauf zur Kapelle und weiter bis zur offenen Gruft. Am Tor mit Musik und Fahnen Abordnungen aufmarschiert. Das Gefolge sammelt sich, soweit es auf Seitenwegen vorausgeeilt ist. Der Schnee tritt unter den Füßen, eisiger Nordost läßt die schwarz-weiß-roten Fahnen flattern.

Jetzt naht der kurze Trauerzug. Kommandoworte. Die Musik schwenkt ein. Die Fahnen voran, geht es den Berg hinauf. An der Kapelle halten die Wagen. Stahlhelmmannschaft trägt den Sarg. Endlos das Gefolge. Es ist noch ein gut Stück Weges. Ungezählte Zuschauer, die den Trauerzug, die Fitzmaurice neben Köhl sehen wollen.

An freier Stelle liegt das Grab, in das der Flieger-geheimrat die Sarge hinabsinkt. Der Wind weht rau in den Fahnen, die sich grüßend senken. Über den unbewohnten Stein mit dem Wappen hat der Winter einen Streifen gefrorenen Schnees wie ein Ordensband geworfen. Droben dröhnen wie Orgeltrauen die Motoren eines Schwarzbewimpelten Großflugzeuges.

Barer Rieger (Südende) spricht von der Treue, die der beherrschende Zug im Wesen des Heimgegangenen war. Die deutsche Jugend, die er mit sich fortgerissen, werde sein Erbe antreten.

Gebet und Segen. Abschiedsworte Stimmungs, des Generaldirektors des Norddeutschen Lloyd, der seinem Freunde und vertrauten Mitarbeiter dankt, zugleich im Namen des Ringes deutscher Flieger und der Luftfahrverbände und auch im Namen von Professor Junkers: „Ehrenfried Günther Freiherr von Hünefeld, du warst der Unsere und wirst der Unsere bleiben!“

Drei Salven klingen. Noch einmal senken sich die Fahnen. Erde rieselt zwischen den Gliedern.

Literarische Rundschau.

== Vorgeschichtliche Schädel. In einem kleinen Dorf bei Wiener-Neustadt förderte man vor kurzem drei Schädel aus der La-Tène-Zeit (etwa 3. und 2. vorchristliches Jahrhundert) zutage. Bedeutung erlangen diese Funde, von denen die „Mensch in Wissenschaft und Technik“ berichtet, vornehmlich durch die Schädel-Aufmessungen (Trepantationen), die sich an zwei von diesen Schädeln vorfinden. Solche Öffnungen in der Gehirnschale finden sich auch bei primitiven Völkern der Gegenwart, dienen aber bei diesen, wie neuestens nachgewiesen wurde, ausschließlich chirurgischen Zwecken. Die prähistorischen Trepantationen waren dagegen offenbar auch mit magisch-kultischen Zwecken verbunden. Abfälle dieser Trepantationen, kleine runde Scheiben, die die französische Ethnologie „rondelles“ nennt, wurden durchlocht und als Halsketten getragen, zum Schutze gegen die bösen Ablichten des Toten selbst oder des Dämons, der jenen bei Lebzeiten bedrängt und seinen Tod herbeiführt hatte.

== Das wertvollste neue Buch. Die für unser heutiges Schrifttum nicht wenig entscheidende Frage: Welche Bücher sind unter den Neuerscheinungen der letzten vier Jahre wertvoll, dem Gedächtnis des Volkes erhalten zu bleiben? hat die Deutsche Dichter-Gedächtnis-Stiftung zum Gegenstand eines Preiswettstreits gemacht. Alle Einnahmen, die bis zum 15. Februar 1929 bei der „Deutschen Dichter-Gedächtnis-Stiftung“ Hamburg 37 eintreffen, verbleiben am Wettbewerb teil. Bis zu 10 Titel mit kurzen Begründungen können genannt werden. Gewünscht wird das Urteil aus allen Leserkreisen, nicht nur der Fachleute. Als Preise sind bestimmt: 1. Preis: 100 RM., 2. Preis: 50 RM. und 3. Preis 30 RM., wovon die Hälfte in bar und der Rest in Büchern nach Wahl ausbezahlt wird. Außerdem sind noch 100 Büchertrostpreise vorgesehen. Mit Spannung darf man das endgültige Urteil erwarten. Denn bei der Überschwemmung des Büchermarktes mit wertloser und schlechter Literatur, die mit großer Reklame angepriesen wird, bleibt gerade das Wertvolle unentdeckt.

== Bibelübersetzung eines Schlesiens. Zu den zahlreichen Übersetzungen der Bibel oder Teile derselben in die Sprache der Gegenwart ist kürzlich eine Übersetzung des Neuen Testaments von Superintendent Th. Daeschel aus Schlesien gekommen. Superintendent Daeschel, der ein hervorragender Kenner der griechischen Sprache und der Wissenschaft vom Neuen Testament ist, hat die „Schrift des Neuen Testaments“ nach ihrem ursprünglichen Wortsinne in die deutsche Sprache der Gegenwart mündig und sinngetreu übertragen. Derartige Übersetzungen werden, wie die hohen Auflagen beweisen, mehr und mehr begehrt.

== Erfolge deutscher Tänzer in Newyork. Harald Krenkberg gab mit Yvonne Georgi ein mehrstündiges erfolgreiches Gastspiel im Newyorker Fulton-Theater. Yvonne Georgi dürfte dem Bromberger Publikum durch ihr Gastspiel im Jahre 1927 in guter Erinnerung sein.

== Das polnische Buch soll ins Ausland. Der polnische Pens-Geb hat für die beste Übersetzung eines (in den letzten drei Jahren erschienenen) polnischen Werkes in eine fremde Sprache einen jährlichen Preis von 2000 Zloty ausgesetzt, der im ersten Viertel eines jeden Jahres verteilt wird. Die Einnahmen an die Jury für 1930 müssen bis zum 31. Dezember dieses Jahres erfolgen.

== Ungarn greift der Nobelpreis. Die Nobelpreis-Kommission hatte die ungarische Akademie der Wissenschaften eingeladen, in der üblichen Weise ihre Kandidaten zu nennen. Die Akademie stellte sich in ihrer Vollversammlung auf den Standpunkt, auf das Recht der Kandidierung zu verzichten, da sie von der Nobelpreis-Kommission bisher übergegangen worden sei. Namentlich sei dies bei der Kandidierung des Schriftstellers Ferenc Berceag der Fall gewesen, dem kein Preis zuerkannt worden sei.

Wirtschaftliche Rundschau.

b. Die polnischen Ausschüsse für Textilmaschinen gelten nach einer Forderung im „Monitor Polski“ (Nr. 27) mit rückwirkender Kraft vom 6. Dezember 1928 erschienenen Verordnung des Finanzministers hinsichtlich der in der kürzlich mitgeteilten Verordnung genannten Maschinenenteile nur so weit, als diese Teile in den vom Finanzminister genehmigten Katalogen der beteiligten Exportfirmen aufgeführt sind. Zur Vollabfertigung bei der Ausfuhr von Textilmaschinen und -teilen (nach Position 187, Punkt 22-25 des Zolltarifs), sowie zur Ausfuhr von Verschleißteilen, auf Grund deren die Importzölle für die bei der Herstellung dieser Maschinen verwendeten Materialien (in Höhe von 20 Zloty e 100 kg.) vergütet werden, ist das Zollamt in Bielefeld ermächtigt worden.

b. Polnische Zollermäßigung bei der Einfuhr von Nadelholzfahnen. Laut einer Forderung im „Monitor Polski“ (Nr. 7) veröffentlichten Verordnung der Minister für Finanzen, Handel und Landwirtschaft kann mit Wirkung ab 1. Februar 1929 bis einschließlich 30. April 1929 bei der Einfuhr von Nadelholzfahnen (Pol. Nr. 2, Punkt 9a des Zolltarifs) mit jedesmaliger Genehmigung des Finanzministers ein ermäßigter Zoll in Höhe von 20 Prozent des Normalzolls (b. h. 190 Alt 600 Zloty je 100 kg.) in Anwendung kommen. Gegenüber Staaten, die den Bestimmungen der Verordnung vom 25. Januar 1928 über Maximalzölle unterliegen, beträgt der ermäßigte Zoll 20 Prozent des Maximalzolls. Die gleiche Ermäßigung wurde auch in derselben Zeit des Jahres gewährt.

== Roggenausfuhr in geringem Umfang beschlossen. Das Wirtschaftskomitee des Ministerrates beschloß, die Ausfuhr eines geringen Roggenkontingentes zu gestatten. Der Beschluß des Komitees ist auf das starke Roggenangebot im Inlande zurückzuführen, wodurch ein weiterer erheblicher Preisanstieg hervorgerufen werden konnte. Vorläufig ist der Export einer Menge von 500 Baggon Roggen vorgesehen, der nach den handelsüblichen Staaten gehen soll. Die Durchführung dieser Aufgabe haben landwirtschaftliche Handelsvereinigungen des ehem. preussischen Zeitgebiets in die Hand genommen.

== Der Bierverbrauch in Polen. Im vergangenen Jahre (1928) wurden in Polen insgesamt 240 Millionen Liter Bier verbraucht, während es im Jahre 1927 nur 185 Millionen waren. Der Bierverbrauch hat sich also um 25 Prozent vergrößert, in den letzten fünf Jahren sogar um 100 Prozent. Der gegenwärtige Verbrauch von 8 Litern pro Kopf der Bevölkerung beträgt nur etwa den vierten Teil des Vorkriegsverbrauchs. Die Einnahmen des Staatskassas aus der Bierabgabe betrugen im vergangenen Jahre 18 1/2 Millionen Zloty, waren also um 3 Millionen höher, als im Jahre 1927.

b. Die Holzschlägerei auf dem Memelstrom hat im abgelaufenen Jahre nach dem nunmehr vorliegenden amtlichen Memeler Daten eine immerhin beachtliche Zunahme gegenüber 1927 erfahren, nämlich von 128 414 auf 143 540 Festmeter. Der Abhang vom Jahre 1928 ist aber immer noch ganz ungenügend. Wurden doch damals auf der Memel 955 700 Festmeter abgeflößt. Von der für 1928 genannten Menge gingen 51 088 Festmeter, d. h. fast 40 Prozent, nach Deutschland.

== Silbentische und Grünfärbemittel im deutsch-polnischen Handel. Man zählt für 100 kg. frant. Grenze einschließlich Ost Station Bismarck, Vlna oder Benthin transitio bei laufender Zustellung in Dollar: neuer Koffee ohne Glasfärbung 28, neuer Koffee ohne Glasfärbung 29, neuer Schwedische ohne Glasfärbung 47, blauer trockener Mohr 15,25, trockene Vittoria 9,25, grüne Kieferbienen, trocken, 8,50, weiße Bohnen 17, trockene Bohnen 17, trockene Bohnen 17,50, blaue Lupinen, getrocknet und trocken 8,10, gelbe 8,15. Für Weißklee herrscht größeres Interesse. Koffee geringere. Gefundener und sauberer Kaffee wird gefordert, weiße Bohnen sehr stark gefragt. Transaktionen finden jedoch der hohen Preise wegen in sehr geringem Umfang statt.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verordnung im „Monitor Polski“ für den 11. Februar auf 5,244 Zloty festgelegt.

Der Zloty am 9. Feb. war. Wien: Leberwurst Warchau 79,45-79,98, Berlin: Leberwurst Warchau 47,12-47,35, Leberwurst Rattowik 47,125-47,325, Leberwurst Boen 47,15 bis 47,35, bar ar. 46,95-47,25, Zürich: Leberwurst 58,30, London: Leberwurst 48,29, New York: Leberwurst 11,25, Bulareit: Leberwurst 18,40, Budapest: bar 61,10-61,40, Prag: Leberwurst 378,25, Mailand: Leberwurst 214,75.

Warshauer Börse vom 9. Februar. Umsätze. Verkauf - Kauf. Belgien 124,4, 124,34 - 123,74, Belgrad -, Budapest -, Bulareit -, Oslo -, Helsingfors -, Spanien -, Holland 357,40, 358,30 - 356,50, Japan -, Konstantinopel -, Kopenhagen -, London -, 43,41, 43,19 (Transito 43,29), - 43,30, New York 8,90, 8,92 - 8,88, Oslo -, Paris 34,84, 34,91 - 34,74, Prag 378,25, 378,25 - 378,25, Riga -, Schweiz 171,55, 172,05 - 171,05, Stockholm 233,52, 239,25 - 238,79, Wien 125,25, 125,56 - 124,94, Italien 46,68, 46,81 - 46,55.

Umläufte Devisen-Notierungen der Danziger Börse vom 9. Februar. In Danziger Gulden wurden notiert: Devisen: London 25,02 Gd., 25,02 Br., New York -, Gd., - Br., Berlin -, Gd., - Br., Warchau 57,76 Gd., 57,90 Br., Noten: London 25,02 Gd., 25,02 Br., Berlin 112,197 Gd., 122,503 Br., New York -, Gd., - Br., Holland -, Gd., - Br., Warchau 57,73 Gd., 57,89 Br.

Berliner Devisenliste.

Offiz. Discontage	Für drahtlose Auszahlung in deutscher Mark	In Reichsmark 9. Februar Brief	In Reichsmark 8. Februar Brief
4,48%	Buenos-Aires 1 Be.	1,775	1,773
	Canada 1 Dollar	4,203	4,208
	Japan 1 Yen	1,915	1,918
	Kairo 1 äq. Pfd.	20,98	21,00
	Konstantin 1 trl. Pfd.	2,073	2,077
4,5%	London 1 Pfd. Ster.	20,435	20,447
	New York 1 Dollar	4,211	4,213
	Rio de Janeiro 1 Milr.	0,515	0,502
	Uruguay 1 Goldpes.	4,311	4,313
4,5%	Amsterdam 100 fl.	163,51	163,60
10%	Athen 100 Dr.	5,435	5,445
4%	Brüssel 100 fr.	53,535	53,575
6%	Danwig 100 Guld.	11,63	11,73
7%	Helsingfors 100 fl. M.	11,51	11,61
6%	Italien 100 Lira	22,03	22,13
7%	Jugoslavien 100 Din.	7,333	7,402
5%	Kopenhagen 100 Kr.	112,31	112,53
8%	Lissabon 100 Esc.	13,58	13,62
5,5%	Oslo 100 Kr.	112,21	112,53
3,5%	Paris 100 fr.	13,435	13,475
5%	Prag 100 Kr.	12,458	12,475
3,5%	Schweiz 100 fr.	80,36	81,12
10%	Sofia 100 Leva	3,037	3,043
5,5%	Spanien 100 Pes.	66,87	66,91
4%	Stockholm 100 Kr.	112,58	112,61
6,5%	Wien 100 Kr.	53,12	53,24
7%	Budapest 100 Pengö	73,37	73,51
3%	Warschau 100 Zl.	47,175	47,375

Züricher Börse vom 9. Februar. (Umläuf.) Warchau 58,30, New York 8,985, London 25,24, Paris 30,31, Wien 73,02, Prag 15,38, Italien 27,21, Belgien 72,30, Budapest 90,41, Helsingfors 13,09, Sofia 3,75, Holland 208,15, Oslo 138,70, Kopenhagen 138,70, Stockholm 139,10, Spanien 81,50, Buenos Aires 2,19, Tokio 2,68, Rio de Janeiro -, Bulareit 3,10, Athen 6,72, Berlin 123,12, Belgrad 8,12, Konstantinopel 2,56, Gol. cobz. -, Prio. Dist. 4,1/2, Tagl. Geo. -.

Die Bank Polski zahlt heute für: 1 Dollar, gr. Scheine 8,85 Zl., do. kl. Scheine 8,84 Zl., 1 Pfd. Sterling 43,16 Zl., 100 Schweizer Franken 170,98 Zl., 100 Francs 34,73 Zl., 100 deutsche Mark 210,84 Zl., 100 Danziger Gulden 172,46 Zl., hiesig. Krone 26,28 Zl., österr. Schilling 124,78 Zl.

Stienmarkt.

Potener Börse vom 9. Februar. Fest verzinliche Werte: Notierungen in Prozent: Proz. Konvertierungsanleihe (100 Zloty) 65,00 G. Proz. Dollarleihe der Potener Sanität (1 D.) 98,00 G. Proz. Konvertierungsfondsbriefe der Potener Sanität (10 Zloty) 49,50 G. Notierungen 4e Stüd: Proz. Rogg. Br. der Potener Sanität (1 D.-Semester) 20,50 B. Tendenz ruhig. Industrielle: Bank Zw. Sp. Zar. 86,00 G. Bank Stab. hagen 70,00 G. Dr. Roman May 111,00 G. Tendenz ruhig. 4G. = Nachfrage, B. = Angebot, + = Geschäft, * = ohne Umsatz.

Produktenmarkt.

Umläufte Notierungen der Potener Getreidebörse vom 9. Februar. Die Preise verstehen sich für 100 Kilo in Zloty frei Station Polen.

Notizen	Richtpreise:
Weizen	40,50-41,50
Roggen	32,15-32,65
Weizenmehl (65%)	57,75-61,75
Roggenmehl (65%)	—
Roggenmehl (70%)	45,75
Hafer	30,25-31,25
Braugerste	34,00-36,00
Mahlgerste	32,50-33,50
Weizenkleie	24,75-25,75
Roggenkleie	24,75-25,75
Rüben	—
Sonnenblumentuch	—
Sommerweide	39,00-41,00
Baumwolle	38,00-40,00

Gesamtentz: ruhig. Braugerste in ausgekauften Sorten über Notiz.

Berliner Produktenbericht vom 9. Februar. Getreide und Mehl für 1000 kg., konf. für 100 kg. in Goldmark. Weizen märk. 213-215, März 229,50-230,50, Mai 238, Juli 247,50, Roggen märk. 204-205, März 221,25-221,50, Mai 231, Juli 232, Gerste: Braugerste 218-230, Futter- u. Industrieernte 192-202, Hafer märk. 200-206, März 221, Mai 231-231,50, Mais 238-239, Weizenmehl 26,00-29,50, Roggenmehl 27,00-29,25, Weizenkleie 15,25, Weizenkleie 15,00, Roggenkleie 14,75 bis -, Raps -, Vittoriaerbsen 40-46, kleine Speiserbsen 27-33, Futtererbsen 21-23, Weizen 22-24,00, Ackerbohnen 21-23, Wicken 26-28, Lupinen, b. u. 15,80-16,50, Lupinen, gelb 19,00 bis 20, Geradella, neue 39-44, Rapskuchen 20,20-20,60, Weizenkuchen 25,00 bis 25,40, Trodenkuchen 13,10-13,30, Sonachrot 22,60-22,70, Kartoffelflocken 18,80-19,00.

Tendenz für Weizen stetig, Roggen, Gerste, Hafer, Mais und Weizenmehl ruhig, Weizen- und Roggenkleie behauptet.

Berliner Butternotiz vom 9. Februar. Im Verkehr zwischen Erzeuger und Großhandel. Bracht u. Gebinde zu Last des Käufers. Butter: 1. Qu. 1,88, 11. Qu. 1,79, 111. Qu. 1,63. Tendenz: lebhaft.

Berliner Eiernotiz vom 9. Februar. Ausländische Eier: große, Rühlfäulefrei Stk. 12-13, normale 10,12, kleine und Schmutzener -,.

Materialienmarkt.

Metalle, Eisen und Brennstoffe. Warchau, 9. Februar. Es werden folgende Preise foto Lager je kg. in Zloty notiert: Zinn 14,90, Aluminium 5,10, Blei 1,40, Zinkblech 1,70, verzinnetes Blech 1,20, eiserne Zackscheibe 0,99, Eisen 0,47, Eisenblech 0,22, Gußnägel die Riste 31, Zement das Päckchen 20,50, feuerfeste Ziegel das Stück 0,22, Karbid 100 kg. 68, obersteilste Grob- und Würfelsteine die Zonne 44.

Geflügelmarkt.

Berliner Geflügelnotiz vom 9. Februar. Geflügeltes Geflügel: Hühner, hies. Suppen, 1/2 kg. 1,30-1,35, 1/4 kg. 1,00 bis 1,10, Poulets, 1/2 kg. - bis -, Hühner, alte 1/2 kg. 0,80-1,00; Tauben, junge, Stk. 1,20-1,40, alte, Stk. 0,80-0,90, Italiener - bis -, Gans, russ. a. 1/2 kg. 0,90 bis 1,00, 1/4 kg. - bis -, Enten 1/2 kg. 1,20-1,30, 1/4 kg. 1,00-1,10; Puten, hiesig. 1,10-1,15, do. Sennen 1,20.

Wasserstandsrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 11. Februar.

Krakau +, Zawichot +, Warchau +, Bock +, Thorn + 1,54, Jordan + 0,98, Elm + 1,32, Graudenz + 1,36, Rurzebrat + 0,60, Montau + 0,12, Dirschau + 1,10, Cuntage + 1,92, Schiewenhorst + 2,10.

Füttert das Wild!

Das deutsche Schulwesen in Polen liegt in Trümmern!

80 Prozent der vor der Wiederaufrichtung des polnischen Staates bestehenden Schulen sind liquidiert.

Wir verlangen Kulturautonomie — Protest gegen die Schließung evangelischer Gotteshäuser.

Rede des Abg. Utta vom Deutschen Parlamentarischen Klub zum Budget des Ministeriums für Kultus und Unterricht in der Sejm-Sitzung vom 7. Februar.

Hohes Haus!

Der uns vom Referenten vorgelegte Bericht über das Ministerium für Kultus und Unterricht ist sehr sorgfältig bearbeitet und übersichtlich zusammengestellt. Er schildert uns die Fortschritte des polnischen Schulwesens und zeigt seine Mängel und Unzulänglichkeiten.

Mit großem Bedauern muß ich jedoch feststellen, daß der Berichtshatter

das Schulwesen der Minderheiten auch nicht mit einer Silbe erwähnt

hat. Ich kann mich des Eindruckes nicht erwehren, daß dies zielbewußt geschehen ist. Und der Grund? Er wird wohl darin zu suchen sein, daß der Berichtshatter nach Durchsicht der Statistik unserer Schulen zu dem Schluß gelangt ist, daß ihre Zahl so gewaltig und so aufstrebend gestiegen ist, daß die Veranschlagung derselben auch die größten Optimisten, sogar unseren Außenminister Herrn Zaleski, überzeugen müßte, daß alle unsere Klagen über Bedrückung unseres Schulwesens, die bisher erhoben wurden, ganz und voll begründet waren. Ich werde heute diese Klagen nicht mehr wiederholen. Wir haben sie 10 Jahre lang sowohl der Regierung als auch diesem Hause vorgetragen, leider ohne jeden Erfolg. Das Ministerium, das hohe Haus kennen unsere Mühe und unser Leid ganz genau, wissen auch, wie rücksichtslos und selbst mit den verwerflichsten Mitteln unser Schulwesen bekämpft wurde. Deshalb werde ich mich auf die Feststellung beschränken, daß

das deutsche Schulwesen in Polen bereits in Trümmern

liegt. Über 80 Prozent unserer Schulen, die wir zur Zeit der Entschädigung des polnischen Staates besaßen, wurden liquidiert. Und das, was noch geblieben ist, kann in keiner Weise als deutsche Schule, nicht einmal als Schule mit deutscher Unterrichtssprache bezeichnet werden. Denn ein großer Teil der Unterrichtsfächer wird in diesen Schulen gegen Recht und Gesetz in polnischer Sprache unterrichtet. Lehrer, die den Mut haben, sich zur deutschen Nationalität zu bekennen, werden entlassen, oder an polnische Schulen veretzt. In die sogenannten Schulen mit deutscher Unterrichtssprache werden entgegen der Verordnung des Präsidenten vom 6. März 1928 über die Lehrbefähigung Lehrer ernannt, die die deutsche Sprache überhaupt nicht beherrschen. Alle staatlichen Lehrerseminare in dem früheren deutschen Teilgebiet sind bereits liquidiert. Das einzige staatliche Lehrerseminar in Lodz, welches offiziell als Seminar mit deutscher Unterrichtssprache bezeichnet wird, ist in Wirklichkeit ein ultrakatholisches Seminar, da in ihm die Mehrzahl der Unterrichtsfächer in polnischer Sprache vorgetragen wird. Trotz alledem scheinen die Schulbehörden zu ihrem eigenen Seminar kein Vertrauen zu besitzen; denn die Absolventen dieses Seminars werden von den meisten Schulinspektoren höchst unfreundlich behandelt. Man ernannt sie meistens für Schulen mit polnischer Unterrichtssprache, wo sie anstatt zur 10a zur 11. Schulklasse zugeordnet werden. Die deutschen Schulen aber bleiben unbefehet. In der oben erwähnten Verordnung des Staatspräsidenten finden wir im Artikel 19 eine Bestimmung, daß die Lehrerbildungsanstalten Zeugnisse über die Lehrbefähigung für Schulen mit nicht-polnischer Unterrichtssprache nur bis zum Schuljahre 1930/31 ausstellen dürfen. Dies bedeutet, daß es nach diesem Termin in Polen nur polnische oder ultrakatholische Lehrerbildungsanstalten geben wird. Der Herr Minister hat sich in der Budgetkommission ebenfalls lobend über das ultrakatholische Schulwesen geäußert; daraus folgt,

daß die Regierung die vollständige Liquidierung der Minderheitenschulen

anstrebt.

Nicht viel besser ist es mit unserem

privaten Schulwesen

bestellt. Bei jedem Nachsuchen um eine Konzession bereiten die untergeordneten Schulorgane den Antragstellern fast unüberwindliche Schwierigkeiten. Man stellt dabei Forderungen, die weder den polnischen privaten, noch den staatlichen Schulen gestellt werden. Den besten Lehrern wird ohne jeden Grund die Unterrichtserlaubnis verweigert. Als ein ganz trasses Beispiel dafür möchte ich die hier bereits erwähnte Verfügung des Lodzer Schulrats anführen. Man hat am Anfang des laufenden Schuljahres nicht nur zwei, wie erwähnt wurde, sondern sechs Lehrern des Lodzer deutschen Gymnasiums die Unterrichtserlaubnis entzogen. Darunter befindet sich ein Geistlicher, der Schularzt und zwei Lehrer, von denen der eine 18 und der andere 22 Jahre in dieser Schule gearbeitet haben. Die ganze deutsche Bevölkerung von Lodz ist über diesen Fall aufs äußerste berührt und empört. Dem Ministerium wurde am 29. Oktober v. J. eine Denkschrift vorgelegt, in der es u. a. heißt:

„Das Dankbarkeitsgefühl den erwähnten Lehrern gegenüber für ihre treue und aufopfernde Arbeit zum Wohle unserer Jugend, sowie auch die Sorge um das Wohl unserer Schule zwingen uns, die Aufmerksamkeit des Herrn Ministers auf die große Verunsicherung und Sorge der hiesigen Elternkreise und der ganzen Gesellschaft zu lenken, die durch die oben erwähnte Verordnung der hiesigen Schulbehörde hervorgerufen wurden. Dies desto mehr, als diese Verordnung nicht begründet wurde und auf die Anfrage unserer Vertreter sowohl die Schul- als auch die administrativen Behörden nicht erklärt haben, sie hätten den Lehrern absolut nichts vorzuwerfen.“

Der Lehrerverein richtete an die Schulbehörden ein Schreiben, in dem es u. a. heißt:

„Der Vorstand des Vereins unterstützt dringend die Bemühungen des Herrn T. um die weitere Unterrichtserlaubnis in der bisherigen Stellung. Der Vorstand ist tief davon überzeugt, daß Herr T. durch seine Tätigkeit in der Schule und außerhalb derselben auch nicht den geringsten Anlaß gegeben hat, der irgendwelche Vorwürfe moralischer oder politischer Natur rechtfertigen würde.“

Sogar angegebene Persönlichkeiten polnischer Nationalität und ein Gemeindevorstand haben diesem Herrn ein sehr gutes Zeugnis ausgestellt, aus dem zu ersehen ist, daß er vor dem Kriege die polnischen Kinder trotz des Verbots der russischen Behörden in der polnischen Sprache und Geschichte unterrichtet hat. Dies müßte für das Ministerium mehr bedeuten, als das Gutachten irgend eines Episkops. Trotzdem liegt diese Angelegenheit schon drei Monate im Ministerium unerledigt. Ich versuche wiederholt, den Herrn Minister in seinem Kabinett in dieser Angelegen-

heit zu sprechen, er hat sich aber leider mit einer chinesischen Mauer umgeben, die nicht zu durchbrechen ist; deshalb muß ich ihm dies von dieser Stelle aus sagen und ihn dringend darum bitten, diese Angelegenheit durchzuprüfen und günstig zu erledigen. In der Hoffnung, daß dies geschehen wird, will ich weitere Einzelheiten hier nicht erwähnen.

Artikel 109 der Verfassung legt der Regierung die Pflicht auf das private Schulwesen der Minderheiten zu unterstützen. Dies ist im Laufe der verfloffenen Jahre nicht geschehen; deshalb stelle ich den Antrag, in dem Haushaltsplan 1930/31 für die privaten Volksschulen und 1.200.000 Plott für die privaten Mittelschulen der deutschen Minderheit zu bestimmen. Das sind verhältnismäßig geringe Summen, die sich in den verhältnismäßig stark ausgebauten Administrationskosten und anderen Ausgaben, wie dies in vielen Ländern gezeigt wurde, erproben lassen.

Die jetzige Regierung zeigte nach dem Beispiel ihrer Vorgängerinnen zusammen mit der jetzigen Schuladministration bis jetzt auch nicht das geringste Verständnis für unsere kulturellen Forderungen. Ihre Einstellung unseren kulturellen Bedürfnissen gegenüber war nie aufrichtig, zuweilen sogar geradezu feindlich gewesen. Sie hatte und hat nur ein Ziel: uns unsere Jugend durch die Schule zu entreißen, sie zu entnationalisieren und dadurch den ganzen polnischen Volksschlitz in Polen nach und nach auszuräumen. Dieses Ziel läßt sich keinesfalls mit den Bestimmungen unserer Verfassung und den Postulaten, die sich bereits in allen zivilisierten Staaten des Westens Geltung verschafft haben, in Einklang bringen. Diese gewalttätige Entnationalisierung der Minderheiten in unserem Staate verursacht ständige Reibungen und Klagen. Unfrieden im Lande, Beschwerden an die auswärtigen Stellen, Kompromittierung des polnischen Staates in den Augen der gesamten Demokratie des Westens und erschwert die Regelung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse im Lande und mit den Nachbarstaaten. Deshalb führen wir den Kampf um die Erhaltung unseres Schulwesens und die freie kulturelle Entwicklung unseres Volksschlitzers nicht nur im eigenen Interesse, sondern auch im Interesse des Staates, in dem wir uns durch die vielen Dienste, die wir diesem Staate erwiesen haben, das volle Bürger- und Existenzrecht erworben haben und dessen Verfassung durch die chauvinistischen Bestrebungen der Leiter des polnischen Bildungswesens so kraß vergewaltigt wird.

Unsere Forderungen sind nicht zu weitgehend. Wir sind bestrebt, unsere vollen Interessen mit den Staatsinteressen in Einklang zu bringen. Wir wollen aufrichtig einen Kompromißweg suchen, der beide Seiten befriedigen würde und glauben, daß ein modus vivendi zu finden nicht so schwer sein dürfte, wie dies von der polnischen Seite angenommen wird. Einige der nach dem Weltkrieg neuentstandenen Staaten haben die Minderheitenfrage bereits vorbildlich gelöst. Diese Lösung befriedigt beide Seiten und brachte diesen Staaten eine innere Konsolidierung und trug viel zur Hebung ihres wirtschaftlichen Lebens und des Ansehens im Ausland bei.

Nach dem Beispiel der Lösung der Minderheitenfrage in Estland, Lettland, Finnland und anderen Staaten, auf Grund der gesammelten Erfahrungen und der Ergebnisse der vierjährigen Beratungen der Minderheitenkongresse hat unser Klub nach Berücksichtigung der speziellen Verhältnisse in unserem Staate bereits

richtige Richtlinien zur Lösung der Minderheitenfrage

in Polen ausgearbeitet. Da diese Richtlinien von dem hier angekündigten Projekt der Ruten dieses Hauses bedeutend abweichen, möchte ich es nicht unterlassen, unsere Richtlinien sowohl dem Herrn Minister, als auch den polnischen Gruppierungen, die die Absicht haben, ein diesbezügliches Gesetzesprojekt einzubringen, bei dieser Gelegenheit zur Kenntnis zu bringen.

Diese Richtlinien lauten in allgemeinen Umrissen wie folgt: Jede Minderheit im Staate bildet einen Kulturverband mit öffentlich-rechtlichem Charakter. Die Gründung gilt als vollzogen, wenn ein entsprechender Antrag der Unterzeichnung von mindestens 3000 volljährigen Bürgern der betreffenden Volksgruppe erhalten hat. In der betreffenden Minderheit gehört, wer sich zu ihr bekennt. Das Bekenntnis könnte durch Beitritt zum Kulturverband oder durch Anmeldung eines Kindes zur Schule der betreffenden Minderheit ausgedrückt werden. Selbstverständlich dürfte hier kein Druck angewandt werden und das Bekenntnis weder bestritten noch nachgeprüft werden. Der Kulturverband würde rechtlicher Träger der kulturellen Einrichtungen der betreffenden Minderheit und insbesondere ihres Schulwesens sein. Er müßte das Recht besitzen, für die Kinder seiner Minderheit Kindergärten, Schulen und Anstalten für die Heranbildung der Lehrer zu errichten und zu leiten. Da die Minderheiten derselben Zahlungen an den Staat zu leisten haben, wie auch die polnische Bevölkerung, so wäre es nur recht und billig, daß der Staat die für kulturelle Zwecke bestimmten Geldmittel ebenfalls gleichmäßig verteilt. Nach diesem Grundsatz müßte der Staat für die Volksschulen der Minderheiten die Gesamtkosten übernehmen, wenn 40 Kinder zu einer Klasse vereinigt werden können, daß der regelmäßige Schulbesuch unbeschadet des Schulweges gesichert ist; er übernimmt die Hälfte der Kosten, wenn mehr als 20 Kinder vereinigt werden. Ferner müßte dem Kulturverband die Überlegung oder Mitbenutzung eines bestimmten Anteils am Schulvermögen und an den Schuleinrichtungen gesichert werden. Die Mittelschulen, Fachschulen, Fortbildungsschulen und Lehrerbildungsanstalten der Minderheiten müßten vom Staate Zuschüsse in dem Umfang erhalten, wie er sie für den Kopf eines Schülers polnischer Nationalität gewährt. In den Minderheitenschulen dürften nur Lehrer unterrichten, die derselben Nationalität angehören, wie auch die Kinder. Es müßte auch deutschstämmigen Bürgern anderer Staaten, die dort eine Lehrbefähigung erworben haben, gestattet werden, an den Minderheitenschulen zu unterrichten. Die Schulen der kulturellen Verbände der Minderheiten müßten mit den öffentlichen Schulen nach ihren Rechten und in ihnen unterrichtenden Lehrern nach den Rechten der Lehrer an staatlichen Schulen gleichgestellt werden. Dies bezieht sich auch auf die Aufgehälter und auf die Hinterbliebenenfürsorge für die Lehrer. Die Anstellung, Disziplinierung und Überführung der Lehrer in den Ruhestand, die Ausarbeitung eigenständiger Unterrichtspläne, in denen die kulturellen Bedürfnisse der betreffenden Volksgruppe mit den Forderungen des Staates sich vereinigen würden, müßte der Leitung des Kulturverbandes obliegen. Der Verband schafft aus sich die nötigen Organe seiner Schulverwaltung mit dem Recht, die Schulen des Verbandes zu beaufsichtigen, unbeschadet der Aufsichtsbefugnisse des Staates. Ferner müßte der Verband

seine eigene Finanzverwaltung besitzen, der das Recht zugestanden werden müßte, die Mitglieder des Verbandes nach eigenen Grundätzen zu Abgaben heranzuziehen.

Auf diese Weise würde das Unterrichtsministerium und die ihm unterstellten Schulorgane von der — wie die Erfahrung zeigt — für sie unangenehmen Pflicht entbunden sein, unser Schulwesen, welches sie als überflüssig, ja selbst als für den Staat schädlich ansehen, mit ihrer Fürsorge zu umgeben. Wir wollen für die Befriedigung unserer kulturellen Bedürfnisse, den Ausbau unseres Schulwesens und die Pflege unserer kulturellen Güter selbst sorgen. Wird uns dies auf die oben vorgeschlagene Weise möglich gemacht, so werden auf einmal alle Klagen und Reibungen, die gewiß für beide Seiten nicht angenehm sind, aufhören. Ich habe unsere Forderungen heute auch deshalb den maßgebenden Stellen vorgelegt, um ein für alle mal die Behauptungen unserer Gegner zu widerlegen, daß wir durch die Kulturautonomie einen Staat im Staate schaffen und dessen innere Festigkeit lockern wollen. Wir wollen dem bisherigen Kampf ein Ende bereiten. Wir wollen unsere Kräfte einer ruhigen, sachlichen und für beide Seiten nützlichen Arbeit widmen. Sollte die Regierung diesen unseren guten Willen missachten und weiter die bisherige Politik der Entnationalisierung des Landes und Entnationalisierung unserer Jugend betreiben, so wird sie, und nur sie allein die Verantwortlichkeit für die Folgen dieser ihrer verwerflichen Politik tragen müssen. Wir sind aber fest überzeugt, daß wir in dem Kampfe um unser gutes Recht, um unsere Selbsthaltung nicht allein bestehen werden. Die öffentliche Meinung der deutsch denkenden polnischen Kreise und der ganzen zivilisierten Welt wird sich auf unsere Seite stellen und uns zu einem Siege verhelfen.

Da ich schon kein Wort mehr bin, so möchte ich mir noch einige Bemerkungen zu dem Departement für Glaubensbekenntnisse erlauben. Ich betone dabei, daß ich dies nicht im Namen des Klubs, sondern nur im Namen der evangelischen Bevölkerung tue. Der Haushaltsplan benachteiligt in sehr auffälliger Weise

die evangelischen Kirchen.

Die präliminierten Summen entsprechen keinesfalls dem Verhältnis der Mitgliederzahl der einzelnen Bekenntnisse. Die evangelische Bevölkerung muß sich ihre eigenen Kirchen selbst erhalten und dazu noch durch die allgemeinen Steuern zur Erhaltung der katholischen Kirchen beitragen. Wir werden die Anträge, die die Trennung der Kirche vom Staate ontönen, unterstützen, weil dadurch eine gleiche Behandlung aller Bekenntnisse im Staate und volle Bekenntnisfreiheit erreicht werden könnten. Das Ministerium behandelt die evangelischen Kirchen tiefmützlich. Während das Konordat mit der katholischen Kirche längst abgeschlossen wurde, denkt man noch immer nicht daran, das Verhältnis der evangelischen Kirchen zum Staate zu regeln. Die Legalisierung der neu-entstandenen Kirchen wird verweigert; wir sehen überall ein Chaos. Das Ministerium aber acht hier an den Gängelbändern der katholischen Geistlichkeit. Bei dieser Gelegenheit kann ich auch das Cherecht nicht unerwähnt lassen. Während die katholische Geistlichkeit die in den evangelischen Kirchen geschlossenen Ehen straflos auflösen kann, wurde der evangelische Superintendent Jastrzebski für eine Verletzung des Cherechts zu einer schweren Gefängnisstrafe verurteilt. Das Ministerium ist schuld daran, daß es die veralteten Gesetze noch weiter aufbeibet und das Gericht zum Fällen eines solchen Urteils gezwungen hat.

Es gibt noch einen runden Punkt in unserem kirchlichen Leben, der für die evangelische Bevölkerung sehr schmerzhaft ist, das ist die sich immer wiederholende

gewalttätige Wegnahme und Schließung der evangelischen Bethäuser

Im früheren russischen Teilgebiet. Die kirchlichen Schulorgane, meistens durch Zutun oder unmittelbaren Eingriff der chauvinistischen polnisch-katholischen Geistlichen, nimmt der evangelischen Bevölkerung ihre Bethäuser für Schulzwecke ab und hindert sie dadurch, sich zu Gottesdiensten zu versammeln und religiöse Handlungen auszuüben. Dies betrübt und erbittert die evangelische Bevölkerung bis zum äußersten. Man sieht darin einen zielbewußten Kampf mit dem Protestantismus. Die früheren Regierungen unterließen diesbezügliche Klagen der evangelischen Gemeinden und gaben ihnen einige wegaenommene Bethäuser zurück. Diese Regierung glaubt ganz einfach den erlogenen Berichten, ich wiederhole mit Nachdruck: erlogenen Berichten der Ortschulbehörde und entscheidet kurzweg die Beschwerden der evangelischen Bevölkerung abschlägig. Man zwingt die arme, durch die hohen Steuerlasten auch so schon in äußerster Not versetzte Bevölkerung, ihre letzten Groschen dem Rechtsanwalt hinzutragen, um eine Klage an das Oberste Verwaltungsgericht einreichen zu können. Solche Klagen kosten 2—300 Plott;

das sind Putzgroßen, die das Ministerium auf seinem Gewissen hat.

Ich appelliere mit allem Nachdruck an den Herrn Minister, er möchte seine Aufmerksamkeit diesem schweren Unrecht, welches der evangelischen Bevölkerung durch die Wegnahme ihrer Bethäuser angetan wird, zuwenden und durch eine energische und klare Verordnung diesem schändlichen Treiben der polnisch-katholischen Chauvinisten ein Ende machen. Ich erwarte, daß Sie, Herr Minister, diesen meinen Appell nicht überhört haben und daß diese Verordnung in der allernächsten Zeit erscheinen wird.

Briefkasten der Redaktion.

„Zwanzig Jahre Abonent.“ 1. Wenn bei Ihnen eine Fortbildungsschule besteht, so sind gewerbliche Arbeiter, und zwar gerade diese, zu deren Besuch verpflichtet. Die Grundlage für die Regelung dieser Frage beruht auf dem Gesetz über die Polizeiverwaltung vom 11. 3. 1850. Die Regelung erfolgt durch Erlass. Uns ist von der von Ihnen angegebenen Neuordnung nichts bekannt. Vielleicht wartet bei Ihnen ein Mißverständnis ob: vielleicht soll die Mülerei nicht mehr zur Industrie zählen, sondern zur Landwirtschaft. Dann würden die dort beschäftigten Arbeiter von der Pflicht zum Besuch der Fortbildungsschule befreit sein. 2. Wenn der Steuerpflichtige zur Steuer geschrieben worden ist, erlöst seine Steuerpflicht mit demjenigen Kalenderjahre, in dem der Steuerpflichtige das 40 Lebensjahr vollendet hat. Für diejenigen, die zum Landium gezeichnet oder für gänzlich untauglich zum Seereisendienst befunden wurden, erlöst die Steuerpflicht mit dem 50. Lebensjahre.

E. R. B. Der Pächter kann seine Pachtzeit aussetzen und während dieser Zeit auch die gedachten Gebäude weiter benutzen. Der einzige Weg für Sie ist, daß Sie sich mit dem Pächter über einen Ausweg aus diesem Dilemma verständigen.

Alter Abonent. Für den Apothekenbesitzer ist heute als Vorbildungsschule das Abitur erforderlich.

Französische Kongo-Greuel.

In Ken-Kamerun, jener jüngsten kolonialen Erwerbung des alten Deutschland, in der die Deutschen als erstes Kolonialvolk der Welt mit der Bekämpfung der Schlafkrankheit Ernst machten, herrscht jetzt die Peinliche der französischen „Kulturmission“. Die „Kulturmission“ der deutschen Kolonien ist ein besonders ausführliches Kapitel der sogenannten „Friedens-Geschichte“ von Versailles. Die Neger wissen ein Lied davon zu singen.

Was geht im französischen Kongo vor? Das französische Kolonialministerium schweigt. Um so eifriger aber spricht man in eingeweihten privaten Kreisen über die Lage im Kongo. Befähigte Missionare beschäftigen in ihren Berichten, was man sich erzählt. Danach scheint es, als ob die schon seit einigen Monaten heimlich währende Aufstandsbewegung mit großer Macht ausbrechen sei, und daß die Aufständischen sich in ungefähr 300 Kilometer Entfernung von Bangui in Schützengräben verschanzt hätten, dicht an der Grenze von Belgisch-Kongo. Die zu ihrer Unterdrückung anzuwendenden französischen Truppen hätten Halt machen müssen, da man sonst die Weissen, die man als Geiseln in der Hand hätte, töten würde. Ein Exerzierenmeister namens Tal Karno führen die Neger und predigen den heiligen Krieg.

Das Pariser Kolonialministerium ist diesen Berichten mit der Behauptung entgegengetreten. Tal Karno sei gefallen, es gäbe keinen Grund zur Aufregung. Aber gerade dieser Berichtigungsvorwand veranlaßte, daß man jetzt in Paris erst recht die auf verschiedenen Wegen im letzten halben Jahre aus Afrika gekommenen Meldungen aufnahm. Danach ist im letzten Juni in derselben Gegend von Bangui ein all gemeiner Aufstand ausgebrochen mit Ausdehnung über mehrere hundert Kilometer. Die Neger hätten viele Viehherden erbeutet, die Wälder getötet und die mit der Unterdrückung der Bewegung Beauftragten zurückschlagen. Neue Aufstände seien im November erfolgt, bei denen zwei Weisse gefallen, fünf in Gefangenschaft geraten seien. Die Bewegungen schienen an Ausdehnung und Festigkeit ständig gewonnen zu sein.

Der angesehenste französische Schriftsteller André Gide hat in diesem Zusammenhang die großen Kolonialgesellschaften Frankreichs kürzlich scharf angegriffen. Gide hat schon im November Albert Londres ins Horn gestoßen gegen die Weissen, die Grausamkeiten, Unterdrückungen, deren sich die Vertreter dieser Gesellschaften und sogar einige Beamte der Regierung andauernd schuldig machten. Beide rufen

„Das schwarze Afrika stirbt!“

1926 und 1927 hat die Sterblichkeit 70 v. H. erreicht. Der ganze Absterberaum entfällt auf die Neger und die Neger in den letzten drei Jahren sind aus den Kolonialstaaten Afrika 600.000 und aus Mexiko 2.000.000 Neger in die benachbarten erlassenen Kolonien der Goldküste und Nigeria geflohen. Dazu kommen die Tausende, die der französischen Herrschaft das weiße Afrika im Herzen des Urwaldes vorziehen. Es befinden sich ungefähr 10.000 Neger in den Dörfern der Elfenbeinküste wie die Tiere, inmitten deren sie zu leben gezwungen sind.

Was Albert Londres über die Behandlung der Neger in Französisch-Kongo mitteilt, findet jeder Widerstand. Greueltätigkeiten dieser Art findet man kaum in der Geschichte der schlimmsten Sklaverei. Frankreich hält alle Wohlthaten der Technik und des zivilisatorischen Fortschritts vom Kongo fern. Der Neger ist ihm billige Arbeitskraft, Frankreich baut seine Eisenbahnen. Der Neger ist und bleibt das Exotische. Mit der Peinlichkeit in man hinter ihm her. Bricht er zusammen unter seiner Last, so läßt man ihn an der Stelle. Londres berichtet über einen solchen Transport: Man hätte die Neger von Anfang an mit der nahen belagerten Bahn und dann mit einem großen Schiff von Matadi bis nach Pointe Noire befördern können. Aber nein. Kukumaris über Sturmwasser und Berghalden, durch Dschungeln und Urwälder. Ohne Lebensmittel. Jeder Neger erkrankt beim Umarbeiten von Brazevill zehn Franken. (Was mag aus den zehn Franken der Absterbenden geworden sein? Und wo, wenn nicht in den Taschen der auf Summieren mitreißenden französischen Effaventreiber und Händler oder in den Zwischenlagerräumen der französischen Gesellschaften konnten die Hungern den ihr Geld los werden?). In Pointe Noire begann die mörderische Arbeit. Rüssel mit 130 Kilo Zement gefüllt mußten in der Weise verfrachtet werden, daß je zwei Mann sie mit durchgehender Stange auf den Schultern trugen. In kurzer Zeit waren von den 8000 Mann nur noch 1700 übrig; man mußte die Geflohenen erlösen. Neue Vererber wurden zu den Stämmen geschickt; aber da gellte ein einziger Schreieschrei durch die Gegend. Die Flucht begann. Dann setzte man den Rückzug nach. Wo man noch Dörfer traf, übte man als Vergeltung Gewaltmaßnahmen. Welche Grausamkeiten müssen da vorgefallen sein. Das Ergebnis war negativ. Die Neger gaben nicht nach.

Soweit der Franzose Albert Londres; der Franzose André Gide ergänzt: „Am 21. Oktober 1927 befahl der Verwalter der Gegend Boba einem schwarzen Stamm, sein Lager zu verlegen; der Stamm weigerte sich, da er die bestellten Felder nicht preisgeben wollte. Daraufhin wurde ein Sergeant mit drei Mann abgeordnet, denen es „glückte“, sich eines Tausends Neger zu bemächtigen, sie an Bäume zu binden und zu erschießen. Dann machten sie die Frauen nieder, schließlich übertrugen sie die Kinder in einen Verschlag und zündeten ihn an.“

Gide berichtet weiter: „Am 8. September 1927 hatten zu Bambo einige Neger es unterlassen, der privilegierten Kaufschuttschicht die vorgeschriebene Menge Gummi zu bringen; zur Strafe mußten sie in der glühenden Sonne und auf dem Rücken mit schweren Holzbalken beladen, um die Faktorei im Kreis gehen. Sobald einer niederfiel, zwangen ihn die Wächter mit Peitschen zum Aufstehen. Dieser „Ball“ begann um 8 Uhr morgens und dauerte den ganzen Tag. Um 11 Uhr fiel ein Neger und konnte nicht mehr aufstehen. Der Verwalter der Gegend wurde benachrichtigt und antwortet: „Ich verstehe das, fortfahren!“ — „Als einige Stämme sich weigerten, in der entzweiten Arbeit der Kaufschuttsammlung fortzuführen, leitete der gleiche Verwalter „Repressionen“ ein. In kurzer Zeit zählte man 1000 getötete Frauen und Männer. Viele ihrer Dörfer wurden angezündet. Um sicher zu sein, daß die beauftragten Wächter diese Befehle ausführten, verlangte der Verwalter, daß ihm die Ohren und Gesichtsteile der Opfer gebracht würden. Alles dies scheint unwahrscheinlich und ist dennoch streng der Wahrheit entsprechend, ist so wahr, daß der entsetzte Generalgouverneur zugunsten der armen Eingeborenen einschritt, und daß die Pariser Regierung einen Generalinspektor dahin entsandt hat.“

Alle diese Dinge hat dieser Tage der Pariser Berichtserhalter des „Giornale d'Italia“ in einem längeren Aufsatz scharf beleuchtet. Sie sind es wert, der Welt zur Kenntnis gebracht zu werden. Sie zeugen von der „Kultur-Nation“!

Aus Stadt und Land.

Bromberg, 11. Februar.

Wettervorhersage.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet leichte Milderung des Frostes bei wechselnder Bewölkung an.

Kein Feuer, keine Kohle.

Blutrot ging gestern am frostklaren Himmel die Sonne bei 31 Grad unter Null auf und eröffnete keine guten Aussichten für die neue Woche. Die Kohlenvorräte, die vorsorgliche Seelen in den Kellern aufgehäuft haben, gehen infolge der großen Kälte und des damit verbundenen Kohlenverbrauchs zur Neige. Aber nicht nur die Kohlenkeller sind leer, sondern auch die Lager der Kohlenhändler. Der Bedarf, der sonst für den ganzen Winter gereicht hatte, ist jetzt schon verbraucht. Dazu kommt die Verkehrsnöte. Infolge der Schneefälle und des Frostes ist der Bahnverkehr mehrfach lahmgelegt, die Züge kommen verspätet oder gar nicht an, so daß die Kohlenhändler sich nicht einkaufen und der großen Nachfrage nicht gerecht werden können.

Dazu stand noch das drohende Gespenst eines Grubenarbeiterstreiks am Frosthimmel. Glücklicherweise ist es aber dazu nicht gekommen, denn die Gewerkschaften haben, wie wir an anderer Stelle ausführlich berichten, den Streik zu mindestens bis zum 18. März hinausgeschoben. Das ist nun zunächst einmal der erste Silberstreif am Horizont. Der zweite wird hoffentlich bald folgen in Gestalt beherrschter Verkehrsschwierigkeiten und damit verbundener gestörter oder besser überfüllter Kohlenlager. Hoffentlich wird dann auch die Polizei nicht erst, wie man in Warschau angeordnet hat, eine Revision bei den Kohlenhändlern vornehmen lassen brauchen. In Warschau verhaftet man nämlich die Händler, daß sie die Kohle zu spekulativen Zwecken zurückhalten. Es steht zu hoffen, daß dann diese häßliche spekulative Absicht ebenso wie aller Frost und Schnee zu Wasser und das Kohlenangebot so stark wird, daß man wieder über das Wort vom „schwarzen Diamanten“ lächeln können, während es vielen in den kalten Räumen in diesen Tagen als edle Wahrheit erschien.

Kein Feuer, keine Kohle... Wenn man nicht wüßte, daß es bald besser werden würde, bliebe nur als einziger Ausweg die heimliche Liebe, von der in dem bekannten sentimentalen Liedchen gesagt wird, daß sie heißer als Kohle und Feuer brennen könne. Aber das Lied hat wohl nur Sinn, wenn draußen Amel, Drossel, Fink und Star frohlich zwitschern und singen und die Bäume ein frisches Grün zeigen.

Die nächste Stadtverordnetenversammlung findet am 14. Februar statt. Auf der Tagesordnung stehen einige Erbschaften, die Anlage eines Nebengleises auf dem Terrain der Firma Behring in Schölenau, der Bericht über die Tätigkeit des Komitees zum Ausbau der Stadt. Ferner wird darüber beraten werden, ob dem Direktor des Stadttheaters 25.000 Mark für angekauftes Inventar und als Deckung des Defizits bewilligt werden, schließlich, ob die monatliche Subvention für das Theater von 5000 auf 7000 Mark erhöht werden soll.

„Meine Frau meint: Ja, das ist ein Mann, mit dem wollte ich durch die dickste Eiseisbahn gehen!“ — Diese Zeilen erhielt der Verlag aus Paderborn anlässlich der Veröffentlichung des Romans „Sohr, der Knecht“ von Arno Franz. Wir beginnen heute mit dem Abdruck des Nachfolgersromans zu jenem unter dem Titel:

„Sohr, der Herr!“

Urteilen Sie selbst, ob sich der Charakter des Knechtes als Herr gewandelt hat. Wir sind überzeugt, daß Sie seine Enttäuschung erleben und glauben Ihr Urteil vor auszusprechen. — Es dürfte lauten: „Ein feiner Mensch und ein selten schöner Roman.“

Die neue Kälteperiode. Die Milderung des Frostes, die sich am Freitag für kurze Zeit nur bemerkbar machte, war auf wärmere Luftmassen zurückzuführen, die von der Ostsee her in unsere Gegend vorstießen. Eine neue Kälteperiode, die aus Rußland kommt, hat der Milderung des Frostes ein schnelles Ende bereitet und eine außerordentliche Verstärkung des Frostes mit sich gebracht. In der Sonntagsnacht wurden in Bromberg 31 Grad Celsius unter Null, auf dem flachen Lande sogar 36 Grad unter Null verzeichnet. Die Straßen der Stadt waren völlig unbesetzt und die wenigen Passanten mit Koffschürzen, Pelzkappen und Tüchern versehen. Das Polizeikommando hat angeordnet, daß die Schulkinder alle Stunde abgelöst wurden. Die Straßenbahnfahrer, die sonst acht Stunden hintereinander Dienst tun müssen, wurden auf Grund einer Verfügung der Direktion des Elektrizitätswerkes alle zwei Stunden abgelöst, wodurch eilige Wagen aus dem Verkehr gezogen werden mußten. Diese Dienststunden bei der Straßenbahn werden auch am heutigen Montag durchgeführt. In der Stadt verbreiteten sich am gestrigen Sonntag Gerüchte, wonach das Elektrizitätswerk nur noch für zwei Tage, die Gasanhal für kaum 8 Tage Kohlen zur Verfügung habe. Wie wir von den zuständigen Stellen erfahren, beruhen diese Gerüchte nicht auf Wahrheit. Das Elektrizitätswerk wie die Gasanstalt haben noch für etwa drei Wochen Kohlen zur Verfügung. Außerdem laufen täglich neue Sendungen ein. Gleichfalls kursierten Gerüchte, daß der Frost bald so weit in das Erdreich eingebrungen sein würde, daß die Hauptleitungen des Wasserwerks einfrieren könnten. Auch diese Befürchtungen wurden von Seiten des Wasserwerkes zurückgewiesen. Das Wasser ist in diesen Röhren ständig in Bewegung und kann nicht einfrieren. Ferner hat durch die Kälte die Telefon- und Eisenbahnverbindung stark gelitten. — In den anderen Bezirken hat die Kälte schlimmere Folgen als in Bromberg gehabt. In dem Bezirk Pommern wurde der gesamte Eisenbahnverkehr für Sonntag und Montag eingestellt. In Oppenheim und in Schleien wurden minus 40 Grad notiert. Aus Hamburg wird gemeldet, daß etwa 50 Dampfer vom Eise eingeschlossen sind. Große Not herrscht in den Balkanstaaten und in den skandinavischen Ländern, die infolge des Frostes von der Kohlenzufuhr abgeschnitten sind. Die Behringstraße ist, ebenso wie der Hafen von Riga völlig eingefroren.

Schule und Kälte. Im Zusammenhang mit dem anhaltenden strengen Frost hat das Ministerium für Kulturbeschäftigungen und öffentliche Aufklärung die Schulbehörden auf ein früheres Rundschreiben aufmerksam gemacht, in dem diese beauftragt werden, das Fortbleiben der Kinder bei Frost von 20 Grad Celsius zu entschuldigen. Es sollen die Eltern, die ihre Kinder bei solcher Kälte vom Schulbesuch abhalten, nicht zur Verantwortung gezogen

Mix-Seife

die beste, die billigste.

werden. — Die deutschen höheren Beamtentümer in Bromberg sind infolge der Kälte am Montag und Dienstag dieser Woche geschlossen.

Der starke Frost rettet zwei Menschen das Leben. Der starke Frost, der so vielen Tieren das Leben gekostet und zahlreichen Personen erheblichen Schaden an der Gesundheit angerichtet hat, hat bei einem ungewöhnlichen Unfall zwei Menschen das Leben gerettet. Das Pferd des Landwirts Jastepowski, das vor einem Schlitten gespannt war, in dem sich die Frau des Wirtes und ein zehn-jähriges Kind befand, scheute am Sonnabend um 9.15 Uhr und ging durch. Es raste neben der Hermann-Franke-Mühle auf das Eis der Bräse, wo es einbrach. Der Schlitten blieb auf dem Eise stehen und Frau und Kind konnten sich schnell in Sicherheit bringen. Die Feuerwehr brachte Pferd und Schlitten nach einstufiger Arbeit wieder auf's Trockene.

Neue Einzahlstücke aus Nickel werden demnächst in den Verkehr gebracht; dem Projekt des Prof. M. Kotarski von der Schule der schönen Künste in Warschau wurde der Preis für den Entwurf der neuen Stücke zuerkannt.

Erkennungsmarken für die Geheimpolizei. Das Innenministerium führt zwei Arten von Erkennungsmarken für die Offiziere und niederen Beamten der Geheimpolizei ein. Das Offizierszeichen ist ein Lorbeerzweig von dreieinhalb Zentimeter Durchmesser mit einem Adler auf rotem Emaillegrund der Aufschrift „Polska Armia“ oben und der laufenden Dienstnummer unten. Das Zeichen für die niederen Beamten unterscheidet sich von dem Offizierszeichen dadurch, daß der Grund für den Adler nicht rot ist. Die Polizei-Handführer zeigen inmitten des Armbandes auf hellgrünem Grunde den Kopf eines Schakals. Die Abzeichen werden an nicht sichtbarer Stelle am Zivilanzug getragen.

Türk Feuer vernichtet wurde gestern Abend das Wohnhaus Abbau 14. der Fa. „Polskie Lasy“ gehörig. Der Schaden beträgt 30.000 Mark. Die Ursache des Brandes ist unbekannt.

Bereine, Beran'taltungen u.

Kath. Gesellenverein. Dienstag, den 12. d. M., abends 8 Uhr, im Amis-immer, Borna 7. Vorstandssitzung. Mittwoch, den 13. d. M., abends 8 Uhr, bei Kleiner Generalversammlung. (1205)

Große (Korono), 9. Februar. Am Donnerstag, dem 7. d. M., fand hier ein Jahrmärkt statt. Durch den starken Frost war der Austrieb nur sehr gering. Bei Kindern wurden keine Umfänge getätigt. Pferde waren etwas mehr aufgetrieben. Es wurden für bessere Arbeitspferde 500 bis 1000 Mark verlangt. Umfänge sah man jedoch nur bei minderwertigen Pferden, die dazu noch hauptsächlich durch Tausch zustande kamen. Die Schweinepreise sind wenig verändert; sie schwanken zwischen 70–90 Mark pro Zentner. Ferkel kosten 30–50 Mark pro Paar. — Auf dem letzten Wochenmarkt am Donnerstag zahlte man für Butter 2.20 bis 2.60 pro Pfund, für Eier 4–4.50 pro Mandel, Weizen 0.50 bis 0.65 pro Pfund, rote Gerste 0.30–0.40 pro Pfund.

Kruschwitz (Kruschwitz), 9. Februar. Blutiger Ausgang eines Streites. In Labedzin kam es zwischen den Arbeitern Antoni Jagodzinski und Josef Wisniewski zum Streit, in dessen Verlauf Jagodzinski auf Wisniewski dreimal aus einem Revolver schoss und ihn am linken Oberarm schwer verwundete. Jagodzinski ist flüchtig.

es Wroclaw (Wroclaw), 9. Februar. Diebstahl. Dem Gutbesitzer K. B. in Lindeburg Abbau wurden 15 Zentner Roggen gestohlen. Dem Gutbesitzer M. a. B. Raumbelbe bei Wroclaw wurden Kuhgeschirre und dazu gehörige Reiten entwendet. Ein Teil des gestohlenen Roggens wurde im Wroclawer Schlachthaus vor gefunden; die Diebe konnten bisher noch nicht ermittelt werden. — Die Kohlenwagen vom Wroclawer Bahnhof nach der Stadt werden breit und systematisch geplündert, indem Kinder auf den Wagen klettern, Stöße herabwerfen und diese von Männern in Säcken in Empfang genommen werden. Die Kutscher können sich durch Peitschenhiebe der kleinen Kinder nicht erwehren, da sie durch die Männer geschützt werden.

Antoni (Antoni Tomasz), 9. Februar. Ein bedeutend schwerer Unglücksfall ereignete sich in Konsole beim Eigentümer P. Neumann. Als dieser am Sonntag morgen in das Schlafzimmer seiner erwachsenen Kinder trat, fand er beide bettend vor. Die Ursache war aus dem Ofen ausgeströmtes Kohlenoxydgas. Dem herbeigerufenen Arzt gelang es nach vieler Mühe, die Tochter wieder ins Leben zurückzurufen. Der Sohn jedoch blieb betäubt bis Montag nachmittag, wo der Tod seinem jungen Leben ein jähes Ende bereitete.

Wollstein (Wollstein), 9. Februar. Infolge der großen Kälte hat man viele Vögel auf den Feldern und an den Wegen ertrinken aufgefunden. Auch Kleinwild ist vereinzelt infolge des Frostes und der fehlenden Nahrung eingegangen. — In einer literarischen Katakombenfeier hatten sich die Gemeindeglieder von Kirchplatz Boruj am letzten Sonntag nachmittags um 4 Uhr in der evangelischen Kirche recht reich eingefunden. Nachdem schon im Hauptgottesdienst Pastor Lejczanski auf die Bedeutung des Lutherischen Katakombismus zum 400. Jahrestag hingewiesen hatte, beteiligten sich die Schulkinder und auch die Erwachsenen an der dramatischen Aufführung, welche von Gemeinde- und Chorkorpsen eingebracht waren unter Leitung der Organistin Krüsklein Stein. Eine würdige Feier, die ihren Eindruck lange nach sich ziehen wird.

Chef-Redakteur: Gotthold Seitz; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Seitz; für Kunst und Literatur: Hans Meier; für Stadt und Land und den strikten unpolitischen Teil: Moritz Seitz; für Anzeigen und Inserate: Edmund Praxenbach; Druck und Verlag von A. Seitzmann. Am 6. d. M. in Bromberg.

Die heutige Nummer um acht 10 Seiten einschließlich „Der Hausfreund“ Nr. 35.

Heute: „Unstirte Weltchau“ Nr. 6.

